

BERICHTSJAHR 1999



Kompodium

Kinder- und Familienbericht

der Stadt Leipzig



An das Baby

Alle stehn um dich herum.
Photograph und Mutti
und ein Kasten, schwarz und stumm,
Felix, Tante Putti...

Sie wackeln mit dem Schlüsselbund,
fröhlich quietscht ein Gummihund.
„Baby, lach mal!“ ruft Mama.
„Guck“, ruft Tante, „eiala!“
Aber du mein kleiner Mann,
siehst dir die Gesellschaft an...
Na, und dann - was meinstе?

Weinste.

Später stehn um dich herum
Vaterland und Fahnen;
Kirche, Ministerium,
Welsche und Germanen.

Jeder stiert nur unverwandt
auf das eigne kleine Land.
Jeder kräht auf seinem Mist,
weiß genau, was Wahrheit ist.
Aber du, mein guter Mann,
siehst dir die Gesellschaft an...
Na, und dann - was machstе?

Lachstе.

Kurt Tucholski, Lerne lachen ohne zu weinen, 1931

Die Familie ist die natürliche und grundlegende Einheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.

Mutter und Kind haben Anspruch auf besondere Hilfe und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche und nichteheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

UNO, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 16, Absatz 3 und Artikel 25, Absatz 2.

Inhalt

Vorwort	1
Beschlusstext (Drucksache III/688)	4
Kommunale Handlungsleitlinien zur Umsetzung des Kinder- und Familienberichtes	5
1. Zielsetzungen	5
2. Kommunale Handlungsleitlinien	5
3. Empfehlungen	7
Kapitel 1: Demographie / Kinder und Familien in Leipzig	9
1.1 Kinder in Haushalten	9
1.2 Alleinerziehende	9
1.3 Familiengründung und -erweiterung / der Geburtenrückgang nach 1990	11
1.4 Eheschließungen und Ehescheidungen	12
Kapitel 2: Migration / Um-, Weg- und Zuzüge von Familien mit Kindern	14
2.1 Abwanderungen aus Leipzig und Wanderungen innerhalb der Stadt nach 1989	14
2.2 Wegzügler ins Leipziger Umland	15
2.3 Ursachen der Weg- und Zuzüge	16
2.4 Umzüge innerhalb der Stadt	17
2.5 Migration und Stadt	18
Kapitel 3: Lebenslage / Situation von Familien in Leipzig	20
3.1 Erwerbsleben und berufliche Stellung der Eltern	20
3.2 Einkommenssituation der Familien	21
3.3 Einkommensschwache Familien	22
3.4 Lebensstandard der Familien	23
3.5 Wohnsituation und Wohnumfeld	24
3.6 Lebensraum Wohnviertel	26
Kapitel 4: Lebensraum Stadt / Wohnen und Leben von Kindern in Leipzig	28
4.1 Spiel-, Mobilitäts-, Bewegungs- und Handlungsräume für Kinder	28
4.2 Mobilität und Kinder	29
4.3 Stadtplanerische Probleme und Konzepte	30
4.4 Beteiligung von Bürgern	32
Kapitel 5: Gesundheit / Familienspezifische Gesundheitsförderung und Prävention	35
5.1 Säuglings- und Kindersterblichkeit	35
5.2 Infektionskrankheiten und Impfschutz	36

5.3 Kinder mit Behinderungen	36
5.4 Gesundheit der Schulanfänger	37
5.5 Gesundheit von Schulabgängern	38
5.6 Zahngesundheit	38
5.7 Gebrauch psychoaktiver Substanzen	38
5.8 Die physikalische, chemische und biologische Umwelt und ihre Auswirkungen auf Kinder	39
5.9 Medizinische Versorgung	40
Kapitel 6: Gewaltprävention / Vorbeugung von Kinder- und Jugenddelinquenz und von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche	44
6.1 Straftaten von Kindern und Jugendlichen	44
6.2 Familienunterstützende Prävention	47
Kapitel 7: Kultur (mit Verweisen auf Freizeit und Sport) / Leipzigs Freizeit- und Kulturangebote für Familien mit Kindern und für Jugendliche	52
7.1 Angaben von Eltern und ihren Kindern zur Freizeitgestaltung und zu den Angeboten	52
7.2 Kulturelle und Freizeitangebote im Stadtteil	54
7.3 Kinder- und Jugendkulturarbeit	55
Kapitel 8: Unterstützung und Förderung - Jugendhilfe und Schule / Angebote und städtische Vergünstigungen für Familien	59
8.1 Außerfamiliäre Betreuung	59
8.2 Schulische Bildung	60
8.3 Jugendberufshilfe	68
8.4 Hilfen zur Erziehung	68
8.5 Kommunale Vergünstigungen	69
Kapitel 9: Resümee / Leipzig als kinder- und familienfreundliche Stadt	72
9.1 Positiva	72
9.2 Gefährdungen	73
9.3 Im Spannungsfeld von Problemen und Chancen	74
9.4 Lösungen	74

Diese Kurzfassung beruht auf dem Kinder- und Familienbericht, der umfangreiches Datenmaterial und zahlreiche Folgerungen enthält und Ergebnis einer intensiven Arbeit von Arbeits- und Projektgruppen des Kinder- und Familienbeirates der Stadt Leipzig ist.

Vorwort

Ein sehr ehrgeiziges Unternehmen hat ein erstes sichtbares Ergebnis: den ersten Kinder- und Familienbericht der Stadt Leipzig, zusammengetragen, beraten und geschrieben von einer kaum exakt zu ermittelnden Anzahl von engagierten Bürgerinnen und Bürgern Leipzigs. Unterschiedliche Menschen, Gruppen, Vereine und Verbände haben im Kinder- und Familienbeirat und seinen Arbeitsgruppen elementar mitgewirkt. Einzelne Engagierte und an der Sache Interessierte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Verwaltungsangestellte und Politikerinnen und Politiker brachten ihr Wissen und unterschiedliche Sichtweisen ein. Während der Erstellung des Berichts waren stets Kinder, Jugendliche und Familien gefragt und die Anwaltschaft für sie war allen Beteiligten stets bewusst.

Als der Stadtrat den Auftrag zur Bildung eines Kinder- und Familienbeirates und zur Berichterstattung beschloss, setzte er auf einen solch komplexen demokratischen Vermittlungsprozess. Statt einem Amt oder einer Kinderbeauftragten den Bericht zu überantworten, erhofften die Stadträtinnen und Stadträte einen anhaltenden, nachhaltigen Prozess, der in Verwaltung, Politik und Gesellschaft dazu beitragen sollte, die Situation von Familien und Kindern nicht nur zu erfassen, sondern bewusstseinsverändernd deren Lebenslagen zu verbessern. Damit ist der Kinder- und Familienbericht auch ein konkretes Ergebnis der Bemühungen des Prozesses der Agenda 21. Der Kinder- und Familienbericht ist neben der Kinderfreundlichkeitsprüfung der Stadtverwaltung und vielfachen Partizipationsbemühungen für Kinder und Jugendliche ein weiteres wesentliches analytisches Instrument auf dem Weg zur kinder- und familienfreundlichen Stadt.

Als Ergebnis dieser diskursiven Phase von fast zwei Jahren ist der Bericht ohne Zweifel ein wichtiger Bestandteil der *Sozialberichterstattung* in Leipzig und ergänzt differenziert den vorliegenden Lebenslagenreport der Stadt von 1999. Stets ist der Versuch unternommen, ausgehend von den jeweiligen Analyse- und Problemdarstellungen in Bezug auf Kinder, Jugendliche und Familien konkrete Ziele und Maßnahmen zu empfehlen. Demographische Entwicklungen, die Stadt als Lebensraum für Familien und Kinder, die Gesundheitsvorsorge, die Gewaltprävention, die Bedeutung der Kultur für eine familienfreundliche Stadt und die Unterstützung und Förderung der Familien durch Kindertagesstätte, Hort, Schule und Jugendhilfe wurden auf konkrete weitere Handlungsfelder und Maßnahmen durchdacht. Viele der bisher in Leipzig eingeschlagenen Wege werden begrüßt, manche variiert und eine ganze Reihe von konkreten Verbesserungen vorgeschlagen. Dabei wird nicht übersehen, dass nicht immer abgeglichene, widerspruchsfreie Konsequenzen gezogen werden können. Zu differenziert waren das Feld und die Bearbeiterschaft. Auch „Themen-Lücken“ wird man hinnehmen, was durch die basisnahe Erstellung des Berichtes von Anfang an eingerechnet war.

Ein wesentliches Kennzeichen für Leipzig ist im Anfangskapitel benannt. Signifikant ist die demographische Entwicklung. Zu hoch ist der Bevölkerungsverlust, zu wenig Kinder werden geboren. Neben einer Vielzahl von Ursachen erscheint uns *ein* zentrales Problem

für die Entwicklung Leipzigs zur familienfreundlicheren Stadt die noch zu wenig vermittelte Erfahrung der Leipzigerinnen und Leipziger, dass die Großstadt ein lebenswerter Raum für Kinder und Familien ist, ein Raum, in dem vielfache Erlebnisse, Bildung, kultureller Reichtum für alle möglich sind.

Freudig beobachten wir die Entwicklung seit 1999. Die Geburtenzahlen steigen offensichtlich kontinuierlich an (1999 + 130 / 2000 + 200 / 2001 + 200), die Prognosen sind ermutigend.

Trotz Unzulänglichkeiten und Gefährdungen ist herauszustellen, dass Leipzig auf einem guten Weg zu einer Großstadt mit hoher Lebensqualität für Kinder und Familien ist.

In Leipzig ist die Säuglings- und Kindersterblichkeit außerordentlich niedrig. Die gesundheitliche Betreuung ist auf hohem Niveau gesichert. Das Netz an Unterstützungs- und Förderungsleistungen ist dicht und kann Problemfälle auffangen. Es besteht ein differenziertes Beratungsangebot. Das Recht auf einen Kitaplatz ist realisiert. Ebenso stehen genügend Hortplätze zur Verfügung. Die Schulbildung ist selbstverständlich garantiert; die allermeisten Schulen befinden sich nicht weit von der Wohnung entfernt. Leipzig hat genügend Wohnraum für alle. Leipzig ist dicht bebaut und zugleich eine grüne Stadt mit vielen Freizeit-, Sport- und Erholungsmöglichkeiten. Von der Hoch- bis zur Stadtteilkultur bietet Leipzig ein reiches Angebot. Städtebaulich ist Leipzig eine reizvolle Stadt mit einer langen Geschichte und einer modernen Infrastruktur. Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur mischen sich in Leipzig in unverwechselbarer Weise und bieten den Nachwachsenden ein soziokulturell anregendes Potential mit vielen Entfaltungsmöglichkeiten. Die Einstellung der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger zu Kindern und Familien ist offen und positiv.

Der Kinder- und Familienbericht markiert Ziele und schlägt eine Fülle von Maßnahmen vor, sowohl für einzelne Gremien der Stadt als auch für ämterübergreifendes Handeln und die Stadt als Ganzes, für die Kooperation der verschiedenen Träger und die Einbeziehung von Kindern und Familien. Er bietet aber auch Anregungen über die Stadt hinaus für eine Verbesserung der Kinder- und Familienpolitik in unserem Land. Es werden Bedingungen gezeigt, die Familien stabilisieren und ihr Wohlbefinden fördern.

Deshalb gilt es zunächst, den Kinder- und Familienbericht gezielt in den politischen Gremien, in der Verwaltung und bei vielen Vereinen und Verbänden auf praktikable Umsetzung zu prüfen und handlungsleitende Entscheidungen zu treffen. Der Bericht bedarf des Weiteren der Fortschreibung, um aktuell an den Entwicklungen zu bleiben.

Die Sicherung von Kinder- und Familienfreundlichkeit ist als kommunale Querschnittsaufgabe zu sehen. Das qualifizierte Zusammenwirken und abgestimmte Handeln der verschiedensten Partner in Politik und Verwaltung sind ebenso unerlässlich wie die Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe. Insbesondere in Planungs-

prozessen ist die Beachtung sozialer Parameter eine Grundvoraussetzung. Dementsprechende Ansätze, wie multidisziplinäre Arbeits- und Projektgruppen sowie Quartiersmanagement, werden unterstützt und fortgeführt.

Unser ganz herzlicher Dank gilt allen Mitgliedern des Kinder- und Familienbeirates, den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Arbeitsgruppen, besonders den ehrenamtlichen, und der Geschäftsstelle des Beirates. Unser Wunsch richtet sich auf eine kritische, wache Leserschaft, eine aktive weitere Mitarbeit aller Beteiligten und neu Hinzugekommener. Aber vor allem verbinden wir mit der Vorlage dieses ersten Kinder- und Familienberichtes die Hoffnung, dass er dazu beitrage, die Situation der Leipziger Kinder, Jugendlichen und Familien sensibel wahrzunehmen und weiter zu verbessern. Es ist viel geschafft, aber noch liegt ein weiter Weg vor uns.

gez. Burkhard Jung
Beigeordneter für
Jugend, Schule und Sport
Vorsitzender des KiFa-Beirates

gez. Genka Lapön
Gleichstellungsbeauftragte
der Stadt Leipzig
Vorsitzende des KiFa-Beirates

Beschlusstext (Drucksache III/688)

1. Der Kinder- und Familienbericht wird in seiner Kurzfassung zur Kenntnis genommen.
2. Die Zielsetzungen und die kommunalen Handlungsleitlinien zur Umsetzung des Kinder- und Familienberichts der Stadt Leipzig werden beschlossen und sind in den Fachplanungen der Dezernate zu berücksichtigen.
3. Kinder- und Familienberichterstattung wird mit dem Lebenslagenreport zu einer ganzheitlichen Sozialberichterstattung der Stadt Leipzig zusammengeführt.
4. Der Kinder- und Familienbeirat wird an Stelle eines/einer Kinderbeauftragten als geeignetes Forum zur Begleitung des Prozesses zu einer kinder- und familienfreundlichen Stadt bestätigt und weitergeführt.
5. Der Kinder- und Familienbeirat nimmt zu kinder- und familienrelevanten stadtpolitischen Entscheidungen Stellung.
6. Die Geschäftsführung des Kinder- und Familienbeirates wird der Amtsleitung des Jugendamtes zugeordnet.

Kommunale Handlungsleitlinien zur Umsetzung des Kinder- und Familienberichtes

1. Zielsetzungen

Aus dem vorliegenden Bericht sind zusammenfassend folgende Ziele und Handlungsleitlinien ableitbar:

1. Kinder und Familien bedeuten für eine Stadt Lebendigkeit und Zukunft. Ziel der Stadt Leipzig, ihres Stadtrates und der Stadtverwaltung ist es daher, **Leipzig als lebenswerten Raum für Kinder und Familien zu gestalten**. Kinder und Familien sollen sich in ihrer Stadt wohl fühlen, entwickeln und sich mit ihr identifizieren können.
2. Die **Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und Familien** hinsichtlich Wohn- und Umweltbedingungen, Gesunderhaltung, Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Kultur und Erlebnisvielfalt **werden sensibel wahrgenommen und weiter verbessert**. Risiken und Gefährdungen soll entgegengesteuert werden.
3. Unter Beachtung einer ganzheitlichen, generationsübergreifenden Sicht erhalten Kinder, Jugendliche und Familien besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung. Soziale Ausgewogenheit und Durchmischung sind angezielt, Segregationsprozesse und soziale Problemballungen sollen vermieden werden.

2. Kommunale Handlungsleitlinien

Die oben beschriebenen Ziele werden durch die folgenden Handlungsleitlinien charakterisiert. Die Handlungsleitlinien sind in Fachplanungen der Dezernate und Ämter umzusetzen.

Dafür ist es nötig, Entwicklungen (wie z. B. Bedarfsentwicklungen, Wanderungsströme) besser zu erkunden und damit besser vorhersagen zu können. Wissenschaftliche Untersuchungen sollten angeregt und einbezogen werden.

Ausgehend von den Arbeitsergebnissen der Arbeitsgruppen zur Erstellung des Kinder- und Familienberichtes lassen sich **12 Handlungsleitlinien** ableiten.

I Lebensraum Stadt (vgl. Kap. 3 und 4)

1. Die Stadt Leipzig unterstützt besonders einkommensschwache, kinderreiche und allein erziehende Familien bei der Suche nach angemessenem Wohnraum.
2. Belange von Kindern und Familien sind bei der Wohnumfeldgestaltung und Entwicklung der sozialen Infrastruktur ein Schwerpunkt. Spielmöglichkeiten und öffentliche Handlungsräume für Kinder und Familien werden erweitert (beispielsweise Erhaltung, Um- und Neugestaltung sowie Nutzungserweiterung von Freiflächen).
3. Öffentliche Hilfen und Hilfen freier Träger für Kinder und Familien sollen wohnortnah angeboten werden. Die Kommunikation mit Behörden soll für Familien erleichtert werden.
4. Kinder, Jugendliche und Familien werden nach Möglichkeit an Stadtentwicklungs- und Planungsprozessen beteiligt und bringen ihre Ideen, Interessen und Bedarfe ein. Verfahren, die dies realisieren, werden in den entsprechenden Verwaltungsbereichen entwickelt und eingesetzt (z. B. weiterer Ausbau der Kinderfreundlichkeitsprüfung, Förderung von Beteiligungsprojekten).

II Gesundheit (vgl. Kap. 5)

5. Die Bedingungen für eine gesunde Entwicklung von Kindern (beispielsweise bezüglich Mobilität und Straßenverkehr, Lärm und Schadstoffbelastung) werden bestmöglich gestaltet.
6. Besondere Bedeutung kommt der Verbesserung von präventiven Maßnahmen, Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen sowie der Erhaltung aller günstigen Einflussfaktoren und der medizinischen Versorgung zu, insbesondere Maßnahmen der Frühförderung.

III Kultur mit Verweis auf Freizeit und Sport (vgl. Kap. 7)

7. Kultur-, Freizeit- und Sportangebote sollen kinder- und familienfreundlich gestaltet sein. Kinder, Jugendliche und Familien sollen am kulturellen und sportlichen Geschehen teilhaben. Dies bedeutet insbesondere, dass Kultur-, Freizeit- und Sportangebote für alle, auch für benachteiligte Gruppen, bekannt gemacht werden, leicht und gefahrenfrei erreichbar sowie bedürfnisorientiert und breit gefächert sind und gefördert werden.

8. Familien erhalten Anerkennung und Würdigung. Kinder- und Familienfreundlichkeit werden ebenso positiv bewertet. Bestehende Angebote werden besser bekannt gemacht. Beispiellösungen werden öffentlich vorgestellt (evtl. Wettbewerbe, Preisauslobung).

IV Unterstützung und Förderung - Jugendhilfe und Schule (vgl. Kap. 6 u. 8)

9. Allen Kindern und Jugendlichen werden Chancen auf Schulbildung und berufliche Entwicklung gesichert. Plurale Angebote von Schulen in verschiedener Trägerschaft und differenzierten pädagogischen Programmen und anderen Profilen sind durch die Kommune zu fördern. Besonderes Augenmerk soll weiterhin auf das partnerschaftliche Zusammenspiel von Schule und Jugendhilfe gerichtet werden.
10. Das bedarfsgerechte Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen und anderen familienergänzenden Angeboten ist zu sichern.
11. Das plurale Angebot und das partnerschaftliche Miteinander von Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe werden gefördert.
12. Zur Verminderung von Kinder- und Jugenddelinquenz und von Gewalt gegen Kinder werden präventive Maßnahmen stadtteilorientiert weiterentwickelt (Prävention statt Repression; Beratung, Sozialarbeit; Täter-Opfer Ausgleich).

3. Empfehlungen

1. Der Kinder- und Familienbericht wird in seiner Kurz- und Langfassung zur Kenntnis genommen.
2. Im Bericht ist eine große Fülle von mehr als 100 detaillierten Teilzielen, Anregungen und Lösungsvorschlägen enthalten, die viele unterschiedliche Themen und unterschiedliche Handlungsebenen betreffen. Diese sollen in den Ämtern im nächsten Schritt hinsichtlich fachlicher Prioritäten, praktischer Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit eingeschätzt werden. Die Maßnahmen sind durch die Festlegung von Arbeitsschritten und Verantwortlichkeiten in den Fachplanungen aller Dezernatsbereiche zu konkretisieren. Zu fach-spezifischen Analysen und Berichterstattungen ist der jeweilige Bezug zu Aussagen des Kinder- und Familienberichtes herzustellen.
3. Kinder- und Familienberichterstattung wird mit dem Lebenslagenreport zu einer ganzheitlichen Sozialberichterstattung zusammengeführt. Das weitere Verfahren

wird mit dem Dezernat V abgesprochen.

4. Der Kinder- und Familienbeirat wird als ein geeignetes Forum zur Begleitung des Prozesses zu einer kinder- und familienfreundlichen Stadt bestätigt und weitergeführt. Der Evaluationsbericht zum Kinder- und Familienbeirat spricht sich vorsichtig für die Beibehaltung dieses Gremiums aus.

Ausführlich wurde im Kinder- und Familienbeirat diskutiert, ob in Zukunft ein Kinderbeauftragter der Stadt Leipzig bestellt werden sollte. Mit einer Reihe von Pro-Stimmen wurde dennoch die Empfehlung zur Bestellung eines Kinderbeauftragten abgelehnt, dagegen die Fortführung des Kinder- und Familienbeirates einstimmig beschlossen.

5. Der Kinder- und Familienbeirat nimmt zu familienrelevanten stadtpolitischen Entscheidungen Stellung. Im Weiteren ist die genaue Mitbestimmung des Kinder- und Familienbeirates zu regeln.
6. Die Geschäftsführung des Kinder- und Familienbeirates wird dem Amtsleiter des Jugendamtes zugeordnet und in enger Abstimmung mit dem Beigeordneten für Jugend, Schule und Sport mit der weiteren Vorbereitung der Sitzungen betraut.

Kapitel 1: Demographie / Kinder und Familien in Leipzig

In den letzten Jahren sind in Leipzig erhebliche demographische Veränderungen vor sich gegangen. Sie betreffen in besonderem Maße das quantitative Verhältnis der Generationen zueinander und Familien mit Kindern.

1.1 Kinder in Haushalten

In Leipzig gab es 1997 rund 32.000 Ehepaare mit Kindern (bis 18 Jahre), rund 10.000 Alleinerziehende und rund 7.000 nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern (bis 18 Jahre).

Alleinerziehende und nichteheliche Lebensgemeinschaften finden sich häufiger in den Gruppen „Familien mit einem Kind“ und „Familien mit drei und mehr Kindern“.

In 39 % der Leipziger Haushalte lebten Kinder. 61 % der Familien mit Kindern waren Ein-Kind-Familien, 32 % Zwei-Kind-Familien und nur 7 % Mehr-Kind-Familien. Das bedeutet, dass 42 % der Kinder ohne Geschwister im Haushalt lebten, 43 % mit einem und 14 % mit mehreren Geschwistern.

In Leipzig gab es Ende 1998 47.440 unter 14-Jährige. Das entsprach einem Bevölkerungsanteil von 10,3 %. Dazu kamen 19.465 14- bis 18-Jährige, 4,2 % der Bevölkerung. Auf einen Haushalt mit Kindern kamen fast zwei Haushalte ohne Kinder. Geburtenknick und die Abwanderung von Familien mit Kindern haben Leipzig innerhalb von wenigen Jahren zu einer vergleichsweise kinderarmen Stadt werden lassen.

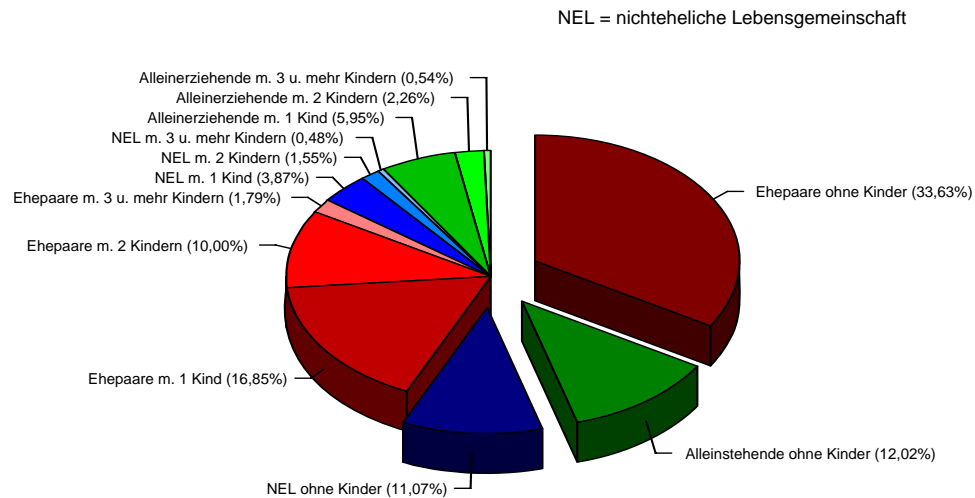
Der größere Teil der Leipziger lebt oder lebte mit Kindern zusammen. Die meisten Leipziger Kinder wachsen bei beiden Eltern und häufiger mit als ohne Geschwister auf. 1,2 % der unter 18-Jährigen - überwiegend Jungen - leben außerhalb des Elternhauses (1997).

1.2 Alleinerziehende

In Leipzig gab es 1997 9.800 Alleinerziehende. 14.000 Kinder lebten mit einem Elternteil. Das war ein Fünftel aller Kinder in Familien. Der Anteil der Alleinerziehenden nahm von 1991 bis 1997 relativ zur Gesamtzahl der Familien mit Kindern zu.

Abb. 1

Familien in Leipzig (1997)



Quelle: Statistisches Landesamt, Mikrozensus 1997, eigene Berechnung

Der größere Teil der Kinder von Alleinerziehenden (60 %) wächst bei einem geschiedenen oder verheiratet getrennt lebenden Elternteil auf, der kleinere Teil bei ledigen und zumeist jüngeren Alleinerziehenden.

Unter den Alleinerziehenden gab es 1997 nur 800 Väter. Die meisten Alleinerziehenden waren Frauen. Das bedeutet aber in vielen Fällen nicht, dass diese Kinder keinen Mann in der Familie erlebt haben, erleben oder erleben werden. Ein großer Teil der allein erziehenden Mütter lebt mit einem Partner in einer mehr oder weniger festen Lebensgemeinschaft zusammen.

Vorrangig aus Angst vor Arbeitsplatzverlust neigen viele Frauen dazu, keine weiteren Kinder zu bekommen oder eine Schwangerschaft abzubrechen. Dies trifft auf Alleinerziehende häufiger zu als auf Frauen in Partnerschaften. 1996 war in Leipzig in den Schwangerschaftskonfliktberatungen erstmals der Ledigenanteil unter den beratenen Frauen höher als der Verheiratetenanteil.

1.3 Familiengründung und -erweiterung / der Geburtenrückgang nach 1990

Die Zahl der in Leipzig geborenen Kinder hat mit der Wende schlagartig abgenommen und steigt erst in jüngster Zeit wieder etwas an. Von 1990 auf 1991 sank die Zahl der Geburten in einem bisher noch nicht beobachteten Ausmaß. In Leipzig wurden 1990 5.212 Kinder geboren, 1991 aber nur 3.411. In den folgenden Jahren ging die Zahl noch weiter zurück und erreichte 1995 einen Tiefstand von 2.377 Neugeborenen. Die Fertilitätsrate (das ist die Geburtenzahl pro 1.000 15- bis 45-jährige Frauen) sank in Leipzig von 55 Geburten im Jahre 1989 auf 25 im Jahre 1995 (= 44 %), um bis 1997 wieder auf den Wert von 31 zu steigen. In absoluten Zahlen: 1997 2.771 und 1998 3.031 Geburten.

Der Geburtenknick wird durch nachholende Schwangerschaften etwas gemildert, jedoch bei weitem nicht ausgeglichen. Das hat erhebliche Langzeitfolgen, darunter die, dass ein erneuter Einschnitt in den Bevölkerungsbaum zu erwarten ist, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge der 90er Jahre ins fertile Alter kommen.

Das Durchschnittsalter der Erstgebärenden hat sich um etwa vier Jahre erhöht. Die Familienplanung wird heute später abgeschlossen als vor 1990. 1997 wurden in der Altersgruppe der 35- bis 40-jährigen Frauen (nur in dieser) mehr dritte und weitere Kinder ehelich geboren als 1990. Der Anteil sehr junger Eltern (und Großeltern) verkleinert sich.

Gleichzeitig ist der Anteil lediger Mütter größer geworden. Im Jahre 1997 wurden erstmals mehr Kinder nichtehelich als ehelich geboren.

Die einfache Reproduktion der Bevölkerung ist in Leipzig für einen langen Zeitraum nicht gesichert. Zunehmen wird die Zahl der Frauen und Männer, die in ihrem Leben kein Kind oder höchstens eins bekommen.

Wer nach den Ursachen der großen Veränderung vieler Partnerschafts- und Lebensmuster fragt, sollte - über die Analyse der Folgen von Einzelregelungen hinaus - die Wandlungen des gesamten soziokulturellen Kontextes in den Blick nehmen.

1.4 Eheschließungen und Ehescheidungen

Wurden 1990 in Leipzig noch 3.366 Ehen geschlossen, so waren es 1998 nur noch 1.336. Die Zahl der Ehescheidungen ging nach 1989 ebenfalls zurück und pegelt sich bei etwa 1.000 pro Jahr ein. Die Zahl der Scheidungen entspricht inzwischen fast der der Eheschließungen. Auf jede geschiedene Ehe kommt im Schnitt ein Kind. Diese Kinder müssen sich infolge der Trennung auf einen anderen inner- und außerfamilialen Kontext einstellen.

Während in den mittleren Altersgruppen die Zahl der Verheirateten hoch ist und die Ehen jung geschlossen wurden, neigen die Jüngeren zu einer späten Heirat oder verzichten ganz auf die Ehe.

Die Zahl der Eheschließungen pro 10.000 Einwohner ist in Leipzig mit 30 besonders niedrig (neue Bundesländer 35, alte 55) (1998). Zugleich ist das durchschnittliche Heiratsalter besonders hoch. Nichteheleiche Lebensgemeinschaften mit Kindern sind weit verbreitet, im Gegensatz zu den alten Bundesländern, wo nichteheliche Beziehungen bei Geburt eines Kindes meist rasch in die Ehe münden.

Rund ein Drittel der Eheschließenden ist bereits einmal geschieden oder verwitwet. Es gibt also einen großen Anteil von Stiefelternfamilien.

Handlungsvorschläge

1-1) Erarbeitung präziserer Analysen der familialen Lebensformen, um Gründe für Eheschließungen, Scheidungen, Kinderwünsche, Schwangerschaften bzw. deren Abbrüche über die bisherigen Erkenntnisse hinaus zu erkunden

1-2) Beratungsangebote für Trennungskinder

1-3) Analyse und positive Sanktionierung mütter- und väterfreundlicher Bedingungen in Leipzig

Quellen und Literatur:

- Breuer, R.: „Befindlichkeit von Leipzigern“, Leipzig 1994, Forschungsstelle Partner- und Sexualforschung (Hrsg.)
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): „Familien- und Haushaltsstrukturen in den neuen Bundesländern“, Bib Sonderhefte 24/1994, Wiesbaden 1994
- Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V., Nürnberg 1999
- Huinink, J./Schröder, T.: „Zur Situation der Familie in Leipzig“, Universität Leipzig/Universität Rostock, 1999
- Kommission für den politischen und sozialen Wandel: „Wirkung sozialer Ungleichheit und Verarbeitungsformen sozialer Risiken bei Alleinerziehenden“, KSPW, Halle 1995
- Nauck, B./Bertram, H. (Hrsg.): „Kinder in Deutschland“, Opladen 1995
- Stadt Leipzig: Kommunale Bürgerumfrage 1997
- Stadt Leipzig: Gesundheitsberichte 1994 und 1996; Statistische Jahrbücher 1990 - 1997
- Statistisches Landesamt Kamenz: Mikrozensusdaten für Leipzig 1997

Kapitel 2: Migration / Um-, Weg- und Zuzüge von Familien mit Kindern

Mobilität ist ein dynamisches und modernes Element der Stadtentwicklung, verbunden mit Produktivität, Chancengleichheit und Selbstverwirklichung. Zugleich besteht ein Bedürfnis der meisten Menschen, eine Bindung an den Ort zu fühlen, die gewohnten sozialen Beziehungen zu pflegen und einen räumlich-sozialen Lebensmittelpunkt, eine Heimat zu haben.

In den Großstädten der alten Bundesländer ist die Stadtflucht von Familien mit Kindern seit den 60er Jahren ein bekanntes Phänomen. Nach der Wiedervereinigung sahen sich auch ostdeutsche Großstädte wie Leipzig mit erheblichen Abwanderungen konfrontiert.

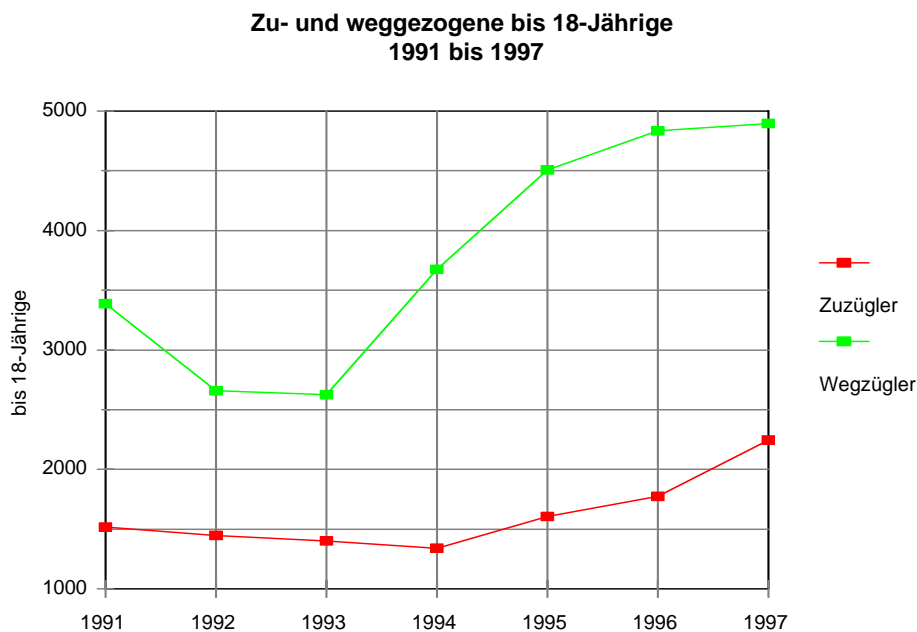
Ist der Wanderungssaldo unausgeglichen, können kommunale Probleme entstehen.

2.1 Abwanderungen aus Leipzig und Wanderungen innerhalb der Stadt nach 1989

1989 wanderten knapp 4.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren mit ihren Eltern in die alten Bundesländer ab. Über ein Drittel der 1990 Geborenen lebten schon ein Jahr später nicht mehr in Leipzig; auch das Gros dieser Familien zog in den Westteil Deutschlands.

Die Massenabwanderung junger und qualifizierter Arbeitskräfte veränderte die Alters- und Sozialstruktur und minderte die Zahl der Familiengründungen in Leipzig. Diese Wanderungen dominierten bis 1992. Mit ihrem Rückgang nahmen die Wegzüge insgesamt ab, um seit 1993 durch Wanderungen vor allem ins Leipziger Umland wieder zuzunehmen. 1996 und 1997 verließen fast 10.000 Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern die Stadt, der größte Teil davon ins Leipziger Umland. Diese Familien hatten oft mehrere Kinder. (Zu den Wegzugszahlen ins Leipziger Umland: Nach den Eingemeindungen werden viele „Wegzüge ins Umland“ als „innerstädtische Umzüge“ umgebucht; somit entsteht eine veränderte Basis für die Mengenangabe der Weg- und Umzüge.)

Abb. 2



Quelle: Amt für Statistik und Wahlen

Viele Paare mit Kindern haben die Absicht, günstigere Wohn- und Lebensbedingungen innerhalb Leipzigs oder im Umland zu finden. Sie wollen geringere Wohnkosten bei relativ mehr Wohnraum in Verbindung mit einem kinderfreundlichen Wohnumfeld. Junge Familien mit Kindern zeigen eine höhere Mobilität als ältere Familien mit Kindern. Das Ziel ist häufig das Leipziger Umland, während Alleinerziehende öfter innerhalb der Stadt umziehen. Seit 1998 nimmt die Neigung von Paaren mit Kindern ab, ins Leipziger Umland zu ziehen.

2.2 Wegzügler ins Leipziger Umland

Unter den Wegzählern in das Leipziger Umland finden sich finanziell durchschnittlich gestellte ebenso wie wohlhabende Familien. Der kleinere Teil wohnt in Eigenheimen, der größere Teil bezog (von 1992 bis 1995) mehrgeschossige Mietbauten am Rande dörflicher Siedlungen. Inzwischen sind viele unzufrieden mit dieser Wohnungsart. Rund ein Viertel der Bewohner hat vor, die Siedlungen wieder zu verlassen.

Die Eigenheimbesitzer im Leipziger Umland sind zu zwei Dritteln ehemalige Leipziger. Seit Mitte der 90er Jahre werden in Leipzig verstärkt Baulandflächen für Eigenheime bereitgestellt. Die Stadt konnte 1998 der Hälfte aller Bauwilligen ein Grundstück in Leipzig anbieten. Die ausgewiesenen Flächen reichten jedoch nicht aus, und sie sind oft zu teuer. Mit dem Wegfall der Steuervergünstigungen ab 1997 verflachte eine erste Welle der

Wohnsuburbanisierung. Eine zweite Welle kann einsetzen, wenn die nach 1989 abgeschlossenen Bausparverträge zum Tragen kommen.

2.3 Ursachen der Weg- und Zuzüge

Das Arbeitsplatzangebot, die Aufstiegschancen und die gesamte wirtschaftliche Situation sind insbesondere für Jüngere ein starkes Motiv, auch in einen entfernten Ort zu ziehen.

Wenn in einer Familie einer der beiden Partner in Leipzig einen Arbeitsplatz hat, dann will er bleiben, auch wenn der andere lieber weg möchte. Erst dann, wenn beide Partner einen neuen Arbeitsplatz sicher haben, wird der in Erwägung gezogene Wegzug realisiert.

In diesen Planungsüberlegungen wirkt für die Familie (ohne und vor allem mit Kindern) als ein starkes Motiv zum Bleiben, wenn die Frau in Leipzig einen Arbeitsplatz hat. Zugleich ziehen weniger die bereits Arbeitslosen als vielmehr diejenigen weg, die sich durch Arbeitslosigkeit bedroht fühlen oder einem besseren Arbeitsplatzangebot folgen. Menschen, die im Leben stehen, sind mobiler als Menschen, die berufliche Ausgrenzungen erfahren und nicht auch noch ihr soziales Netzwerk und ihr Zuhause aufs Spiel setzen wollen.

Arbeit oder Arbeitslosigkeit sind nicht die einzigen und nicht die wichtigsten Motive des Wegzugs von Familien mit Kindern, so bedeutend sie für das Leben in der Stadt auch sein mögen. Wesentliche Gründe für Wegzüge sind Wohnungszustand, Mietkosten, Wohnungsgröße und Wohnumfeld - also von der Kommune beeinflussbare Umstände.

Das Alter des Kindes ist ein wichtiger Grund für den Zeitpunkt des Wegzugs. Mit kleinen Kindern wird eher umgezogen als mit großen. Vor allem dann, wenn der Straßenverkehr belastend ist und die Kinder stark gefährdet sind, wenn ein Spiel im Freien kaum möglich ist, wächst der Wegzugswunsch. Bestehen im Haus und im Wohngebiet enge soziale Kontakte, dann werden Nachteile der Wohnung und der Wohngegend kompensiert. Fehlen sie, entsteht oder verstärkt sich der Wunsch, woanders hinzuziehen.

Ein Vorteil der Stadt Leipzig besteht darin, dass das engere Stadtgebiet (Leipzig in seinen Grenzen von 1997) flächenmäßig eher klein ist und viele Bekannte und Freunde innerhalb von 30 Minuten zu erreichen sind.

2.4 Umzüge innerhalb der Stadt

Kamen in Leipzig 1988 nur 29 Umzüge auf 1.000 Einwohner, so waren es 1997 150, also fünfmal mehr. Solche Umzüge führen zu einer Neuauftellung des sozialen Raums, was weitere Umzüge auslöst und die Differenzierung sozialer Milieus beschleunigt.

Der Wanderungssaldo der bis 18-Jährigen ist in den einzelnen Ortsteilen Leipzigs sehr verschieden. Ein Wegzug von Familien mit Kindern ist seit Jahren aus den Zentrumsgebieten zu beobachten. Sie können sich die sanierten Gründerzeitwohnungen nicht leisten. Im Zentrum-Nordwest (Waldstraßenviertel), im Zentrum-Süd und in der Südvorstadt lebten 1997 nur noch halb so viele Kinder und Jugendliche wie 1992. Sind erst einmal 20 % der Einwohner eines Wohnquartiers weggezogen, zerfallen die Nachbarschaftsnetze, und ein Wegzug fällt subjektiv leichter.

In den gründerzeitlichen Arbeitervierteln ist dagegen der Anteil von Familien mit Kindern, zugleich aber auch der Weg- und Zuzug sehr hoch. Einkommensstarke Familien ziehen weg, einkommensschwache Familien bleiben zurück oder ziehen zu. Aus den Neubaugebieten ziehen einkommensstarke Familien mit Kindern verstärkt in das Leipziger Umland. In die freien Wohnungen ziehen einkommensschwache Familien aus der Stadt. Die dörflichen Siedlungen am Stadtrand verzeichnen einen erheblichen Zuwachs an Familien mit Kindern.

Zu den Motiven, sich zu einem Wegzug aus einem Stadtteil zu entscheiden, gehören: Schlechter Wohnungszustand und Sanierungsbedürftigkeit, in anderen Fällen die Ankündigung der Sanierung; gestiegene Wohnkosten nach der Sanierung; der Wunsch, ein Eigenheim zu erwerben; zu kleine oder zu große Wohnungen; soziale Differenzierung; Haushaltsgröße; schlechtes Wohnumfeld; Verkehrslage; Arbeitsplatzwechsel; familiäre Situation.

Die Migrationsgründe haben einen ortsteilspezifischen Gehalt, da der Wohnungszustand und das Wohnumfeld je nach Bebauungstyp variieren.

Die Kinderdichte als ein Faktor für die Familienfreundlichkeit eines Wohngebietes kann architektonische und Mängel im Wohnumfeld zum Teil aufwiegen.

Ist in einem Ortsteil das Umzugsgeschehen zu intensiv, entstehen soziale Unruhe und soziale Unsicherheit. In den Schulen müssen ständig neue Kinder integriert werden, und es fällt den Kindern schwer, heimisch zu werden.

2.5 Migration und Stadt

Die Abwanderungen von Familien mit Kindern und die damit verbundenen Veränderungen der Alters- und Familienstruktur in der Stadt hat mannigfache Konsequenzen, die für die Kommune allesamt nicht günstig sind (demographische Unausgewogenheit, Verödung von Stadtteilen, Bestandsgefahr für Schulstandorte).

Eine Kommunalpolitik, die Familien mit Kindern zum Bleiben im Stadtgebiet motivieren will, muss entsprechende Anreize schaffen. Sie setzt sich das Ziel, dass es mittel- bis langfristig genügend Familien in der Stadt gibt, in denen Junge und Alte zusammenleben und die, eingewoben in Verwandtschafts- und Nachbarschaftsnetze, Leben in den Stadtteil bringen. Solche Familien mildern soziale Problemballungen, die durch Isolation und örtliche Konzentration hilfebedürftiger Menschen entstehen. Ist ein Wohnquartier oder Straßenzug erst einmal durch Armut und soziale Ausgrenzung geprägt, wird die soziale Erneuerung schwer. Probleme, die durch die Konzentration von Armut hervorgebracht werden, führen zu immer neuen Kosten für die Stadt.

Doch abgesehen von allen kommunalpraktischen Problemen entwickelt sich in einer kinderreichen Stadt einfach eine lebendige Atmosphäre, die alle spüren, die Leipzig besuchen oder hier heimisch werden wollen.

Handlungsvorschläge

2-1) Überwindung struktureller Defizite in der Stadt- und Regionsentwicklung und Festigung der Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden

2-2) Erarbeitung eines Anreizkataloges, der Familien mit Kindern zum Bleiben motiviert, speziell in kinderarmen Vierteln; Prüfung der Möglichkeit, Familien in die Sanierungsentscheidungen einzubeziehen

2-3) Zusammengehen von Sozial- und Bauleitplanung (Quartiersmanagement), um die Bindung der Familien an den Ortsteil zu erhöhen, soziale Ausgewogenheit zu sichern und um Segregationsprozesse zu vermeiden

2-4) Bereitstellung von Bauland für junge Paare in dorfähnlichen Gebieten Leipzigs und Akzentuierung der Eigenheimbauförderung in Leipzig

2-5) Weitere Analyse der Umzugs-, Wegzugs- und Bleibensgründe sowie der ortsteilspezifischen Migrationsgründe, um Wanderungsströme vorhersagbar zu machen

Quellen und Literatur:

- Bührer, S.: „Soziales Kapital und Wanderungsentscheidungen“, Hamburg 1997
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Materialien 17/95, Berlin 1995
- Ehrig, W.-Ch.: „Großkugel - eine neue Kleinstadt auf der 'grünen Wiese'?", in: „Geographie und Schule“, Heft 10, 1997
- Herfert, G.: „Die Region Leipzig - Wohnsuburbanisierung der ersten Hälfte der 90er Jahre“, in: „Migration in Stadtregionen der neuen Bundesländer“, Institut für Regionalentwicklung und Stadtplanung (Hrsg.), Graue Reihe/16, Berlin 1998
- Kahl, A.: „Wohnzufriedenheit und Wohnerwartungen im Waldstraßenviertel“, Forschungsbericht, Universität Leipzig, 1990
- Schindler, A.: „Stadt ohne Kinder“, Koeniz 1995
- Schubert, H.: „Migration und soziale Netze in Städten“, in: „Migration und soziale Probleme“, Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Materialien 17/95, Berlin 1995
- Stadt Leipzig: Kommunale Bürgerumfragen 1991 bis 1998
- Stadt Leipzig: Statistische Jahrbücher 1990 bis 1998
- Stadt Leipzig: „Lebenslagenreport Leipzig“, 1999
- Wiest, K.: „Die Neubewertung Leipziger Altbauquartiere und Veränderungen der Wohnmilieus: gesellschaftliche Modernisierung und sozialräumliche Ungleichheiten“, München, Technische Universität, Dissertation 1996

Kapitel 3: Lebenslage / Situation von Familien in Leipzig

In Bezug auf die wirtschaftliche Lebenslage von Familien ist es im letzten Jahrzehnt zu erheblichen Differenzierungen bis hin zu Polarisierungen gekommen. Mehr-Kind-Familien sind häufiger in eine problematische Situation geraten als Haushalte ohne Kinder, Alleinerziehende häufiger als Paare mit Kindern.

3.1 Erwerbsleben und berufliche Stellung der Eltern

Bei 92 % der Paare mit Kindern war 1997 das Erwerbseinkommen Haupteinkommensquelle, bei zwei Dritteln waren beide Eltern erwerbstätig. Diese Familien haben keine oder nur geringe finanzielle Probleme. Nichteheliche Lebensgemeinschaften - die Eltern sind meist jünger - stehen finanziell etwas schlechter da als eheliche Paare mit Kindern. Bei ihnen ist der Anteil derjenigen größer, der staatliche Leistungen bezieht.

Das finanzielle Auskommen ist meist auch dann gesichert, wenn bei den ehelichen oder nichtehelichen Paaren mit Kindern nur ein Elternteil berufstätig ist. Die Nichterwerbstätigkeit des anderen Elternteils geht zu etwa gleichen Anteilen auf Arbeitslosigkeit und Erziehungsurlaub zurück und betrifft weit häufiger Mütter. Die Erwerbsbeteiligung der Mütter nimmt mit der Zahl der Kinder ab. Teilzeitbeschäftigung hat unter den Müttern zugenommen.

Auch für Alleinerziehende ist das Erwerbseinkommen Haupteinkommensquelle, aber nur noch bei 63 % (1997). Für 20 % der Alleinerziehenden war 1997 Arbeitslosengeld/-hilfe die Haupteinkommensquelle, und noch einmal 11 % lebten überwiegend von Sozialhilfe, Erziehungsgeld oder BAFÖG.

In Leipzig ist infolge des großen Verwaltungs- und Dienstleistungssektors die Arbeitslosigkeit allein erziehender Frauen erheblich niedriger als auf dem Land. Aber auch sie haben im Beruf und auf dem Arbeitsmarkt besondere Schwierigkeiten. Oft sind die Arbeitszeiten unflexibel und schwer mit der Aufsichtspflicht für das Kind zu vereinbaren.

Alleinerziehende haben zudem ein höheres Ausfallrisiko und deshalb bei kleinen und mittelständischen Unternehmen weniger Chancen, eine Arbeitsstelle zu bekommen oder zu halten. Oft sind Alleinerziehende in schlecht bezahlten Berufen tätig.

Neben der Familienform hat die Kinderzahl Einfluss auf die Einkommensarten. Bei Alleinerziehenden und nichtehelichen Partnerschaften nimmt mit steigender Kinderzahl der Bezug von Erwerbseinkommen ab und die Unterstützung durch staatliche Transferleistungen zu.

Familien mit zwei und mehr Kindern sind häufiger Arbeiterfamilien. Bei Arbeitern besteht wiederum ein höheres Risiko der Arbeitslosigkeit.

17.300 Leipziger Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre - das entsprach einem Anteil von 23

% - lebten 1996 in einer Familie mit mindestens einem Arbeitslosen oder einer Nichterwerbsperson (Erziehungsurlaub oder anderes) als Elternteil. Diese Situation ist nach Familienform, Kinderzahl und sozialem Status unterschiedlich häufig. Sie hat nicht nur Auswirkungen auf die innerfamiliären Bedingungen, sondern erhöht auch die soziale Ungleichheit schon in der Kindheit.

Zur Angst vor eigener Arbeitslosigkeit kommt die Sorge um einen Ausbildungsplatz und einen Arbeitsplatz für die Tochter oder den Sohn hinzu. 1997 waren in Leipzig 10 % der unter 20-Jährigen und 17 % der 20- bis 25-Jährigen von Arbeitslosigkeit betroffen.

3.2 Einkommenssituation der Familien

Kinder benötigen einen geringeren Lebensunterhalt als Erwachsene. Die Berechnung des einfachen Pro-Kopf-Einkommens erlaubt keinen Vergleich der Haushalte. Dazu bildet man als Vergleichszahl dasjenige Haushaltsnettoeinkommen, das eine Familie mit Kindern benötigt, um einen anderen Familienformen gegenüber vergleichbaren Lebensstandard zu erreichen. Die Hälfte dieser Vergleichszahl gibt die Armutsschwelle an.

Während von den kinderlosen Paaren fast zwei Drittel einen gehobenen Lebensstandard pflegen können, sind es von den Paaren mit einem Kind nur knapp ein Drittel und von den Paaren mit zwei Kindern ist es rund ein Sechstel. Paare mit drei und mehr Kindern sind fast nie wohlhabende Familien. Von den Alleinerziehenden erreicht gleichfalls nur etwa ein Sechstel einen gehobenen Lebensstandard.

Insgesamt kann ein Fünftel der Familien mit Kindern in Leipzig als wohlhabend bezeichnet werden. Knapp zwei Drittel der Familien mit Kindern sind finanziell zwar im Nachteil, haben aber noch keine finanziellen Schwierigkeiten. 10 % der Familien mit Kindern leben (bezogen auf das Vergleichseinkommen) in Armut. Alleinerziehende und kinderreiche Familien sind besonders betroffen. Insgesamt lebten 1997 in Leipzig mindestens 7.300 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre (10,3 %) im Sinne des gegebenen Begriffs in Armut. Noch einmal rund 6.600 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre (9,3 %) waren von Armut bedroht.

Kinderlose Paare und junge Singles, auch allein stehende Rentner/-innen und Paare mit erwachsenen Kindern, haben einen höheren Lebensstandard als Familien mit Kindern. Sobald Kinder da sind, verschlechtert sich die ökonomische Situation, insbesondere dann, wenn das Einkommen ohnehin nicht so hoch ist oder im Falle des Arbeitsplatzverlustes rasch sinkt. Das Problem verschärft sich dadurch, dass Ärmere und Angehörige der unteren sozialen Schichten häufiger Kinder bekommen.

Allein die volle Erwerbstätigkeit der Eltern oder wenigstens eines Elternteils vermag von vornherein zu verhindern, dass sich die prinzipielle ökonomische Benachteiligung von Familien mit Kindern nicht dramatisch auswirkt (alle Zahlen dieses Abschnitts stammen aus dem Jahr 1997).

3.3 Einkommensschwache Familien

Jedes fünfte Leipziger Kind unter 7 Jahren lebte 1997 von Sozialhilfe (im Osten jedes zehnte, im Westen jedes achte). Von den 7- bis 15-Jährigen waren es 5,8 % und von den 15- bis 18-Jährigen 4,2 %. Oft dient Sozialhilfe als Überbrückung für nicht erhaltene Unterhaltsleistungen. Leipzig weist mit durchschnittlich 18 DM eine der niedrigsten Durchsetzungsquoten an Unterhaltsansprüchen und mit 40 % zugleich den mit Abstand höchsten Anteil Alleinerziehender an den Sozialhilfeempfängern im Vergleich der 13 größten Städte Deutschlands auf (1995). Da das Gesetz zum Unterhaltsvorschuss die Zahlung für nur insgesamt 6 Jahre und nur bis zum 12. Lebensjahr vorsieht, die Kosten nach Erreichen dieses Alters aber höher werden, verschärft sich die Situation der Familie beim Wegfall dieser Unterstützung weiter.

Nur ein Fünftel der Wohngeld bzw. Sozialhilfe erhaltenden Leipziger Paare mit Kindern bezog diese Leistungen auch schon ein Jahr vorher. Unter den Alleinerziehenden waren es 29 %. Langzeitarmut ist für Leipzig bislang weniger typisch als zeitweilige Armut.

Die von Armut betroffenen Familien zeigen viel Einfallsreichtum, um weiterhin ein normales Leben zu führen. Bei der subjektiven Bewältigung von Armut greifen verschiedene Faktoren ineinander: lebensweltlicher Kontext (soziale Netze, Stützung durch Institutionen, Kontakte zu nichtarmen Milieus), familiäre Ressourcen (Elternbeziehungen, Bildung, Umgangsformen, Erziehungsstile, kulturelles Kapital) und individuelle Ressourcen.

Niedrige Einkommen der Eltern korrespondieren nicht zwangsläufig mit niedrigen Schulabschlüssen der Kinder. Der Bildungsstand der Eltern hat den größten Einfluss auf die Art des Schulbesuchs der Kinder, weniger die (gegenwärtige) finanzielle Situation der Familie.

In kinderreichen Familien sind die Voraussetzungen für die Bewältigung von Armut am ungünstigsten. Niedrige Einkommen der Eltern, oftmals in Verbindung mit Verschuldung und mit ungünstigen Wohnverhältnissen, ziehen Einschränkungen im Konsum und in der gesamten Lebensgestaltung nach sich. Armut hat vielfältige Folgen bis hin zu gesundheitlichen Problemen. Kinder aus armen Familien erleiden, je älter sie werden, Demütigungen und soziale Diskriminierungen. Sehen sie dann als Jugendliche auf dem

Arbeitsmarkt kaum Perspektiven für sich, entwickeln sie eigene Strategien des Überlebens und der Suche nach Anerkennung unter Gleichaltrigen; einige gehen dabei bis an die Grenze zur Illegalität.

Armut bedeutet sowohl eine Belastung für die betroffenen Familien als auch für die Stadt, und zwar nicht nur in finanzieller Hinsicht. Je mehr arme Familien es gibt, desto ungünstiger wird das Sozialklima und desto schneller wachsen Konfliktpotentiale aller Art. Die meisten armen Familien mit Kindern versuchen, recht und schlecht mit ihrer Armut zurecht-zukommen, unauffällig zu bleiben und ihren Kindern so viel wie möglich zu bieten, um sie nicht dauerhaft zu schädigen. Arm zu sein bedeutet für viele, Wege zur Verbesserung der eigenen Situation nicht zu finden bzw. nicht bewältigen zu können.

3.4 Lebensstandard der Familien

Die Grundversorgung mit Lebensmitteln ist bis auf Ausnahmefälle gesichert. 1997 hatten jedoch 5 % der Paare mit zwei Kindern und 11 % der Paare mit drei Kindern akute Schwierigkeiten, Wohnung und Nebenkosten zu bezahlen. Dies traf auch auf 10 % der Paare mit Kindern und nur einem erwerbstätigen Elternteil zu. 24 % der Paare mit drei und mehr Kindern hatten häufig Schwierigkeiten, laufende Rechnungen zu bezahlen, gegenüber 16 % der Paare mit zwei Kindern und 12 % der Paare mit einem Kind. Sehr vielen Paaren mit zwei Kindern fehlte es an Geld, ihre Reisewünsche zu erfüllen.

22 % der Paare mit einem und 27 % der Paare mit zwei Kindern hatten zu wenig oder kein Geld für ein Auto. 42 % der Paare mit drei und mehr Kindern können sich eigentlich kein Auto leisten, obwohl gerade dieser Familientyp besonders auf ein Auto angewiesen ist. Bei knappem Geld sparen Jugendliche und Eltern, auch selbst Erwerbstätige, die auf das Auto angewiesen sind, vorzugsweise am Benzin. Ein hoher Benzinpreis würde gering verdienende Eltern besonders stark belasten.

Für Freizeit und Kultur wurden in einkommensschwachen Familien mit Kindern lediglich 70 DM monatlich ausgegeben, während einkommensstarke Familien 298 DM monatlich für Kultur und Freizeit übrig hatten.

Analog zur Einkommenssituation ist der Lebensstandard abhängig von der Familienform, der Zahl der Kinder und der Erwerbstätigkeit der Eltern. Eheliche Paare mit Kindern haben den höchsten Lebensstandard. Unter Alleinerziehenden ist er bei weitem bescheidener, Familien mit drei und mehr Kindern haben nur dann einen guten Lebensstandard, wenn die Eltern ein sehr hohes Einkommen haben. Das ist selten der Fall.

3.5 Wohnsituation und Wohnumfeld

Familien mit Kindern sind in Leipzig überwiegend gut versorgt. Paare mit zwei und mehr Kindern haben aber noch Schwierigkeiten, eine angemessen große und bezahlbare Wohnung zu finden. Bei der Sanierung werden oft die Grundrisse verändert und die Wohnungen verkleinert, so dass sie dann für große Familien ungeeignet sind. Die sanierten und modern ausgestatteten großen Wohnungen in den gründerzeitlichen Bürgervierteln sind für Familien mit mehreren Kindern oft nicht finanzierbar.

Wohnungsform: Die meisten Paare mit Kindern wohnten 1997 in Mietwohnungen der LWB (23 %), der Genossenschaft (27 %) und bei privaten Vermietern (35 %). 7 % wohnten im eigenen Haus.

Wohnungsausstattung: Die Wohnungsausstattung von Familien mit Kindern entspricht überwiegend dem Standard. Bad und IWC sind in fast allen Wohnungen der Familien mit Kindern vorhanden.

Wohnfläche: Die durchschnittliche Wohnfläche (mit Küche, Bad und Flur) betrug 1997 für ein Paar mit einem Kind 75 m², für Paare mit zwei Kindern 85 m² und für Paare mit drei und mehr Kindern 101 m². Alleinerziehende verfügten durchschnittlich über 68 m² Wohnfläche. Gemessen an der Forderung, dass 21 m² pro Person zur Verfügung stehen sollten (Müller 1991), waren 15 % der Paare mit einem Kind, 50 % der Paare mit zwei Kindern und 52 % der Paare mit drei und mehr Kindern mit Wohnraum unterversorgt. Während 90 % der Paare mit einem Kind in Wohnungen mit 3 und mehr Räumen wohnten und damit hinsichtlich der Zahl der Zimmer gut versorgt waren, stellte sich die Situation für Paare mit mehreren Kindern schlechter dar.

Wohnkosten: Paare mussten 1997 je nach Kinderzahl zwischen 22 % (ein Kind) und 24 % (drei und mehr Kinder) ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Gesamtmiete aufbringen (ohne Nebenkosten). Alleinerziehende gaben ein Drittel ihres Einkommens für die Miete (752 DM) aus. Familien mit Kindern in Armutsnähe oder in Armut mussten 37 % ihres Haushaltsnettoeinkommens für Miete und Nebenkosten ausgeben, während bei wohlhabenden Familien dieser Anteil lediglich 20 % betrug, obwohl sie im Schnitt 200 DM mehr Miete als einkommensschwache Familien bezahlten (und die besseren und größeren Wohnungen hatten).

Art des Hauses: Einkommensschwache Familien wohnten häufiger in Plattenbauten und einkommensstarke Familien häufiger in Einfamilienhäusern.

Aufgrund der umfangreichen Sanierungsmaßnahmen in den letzten zwei Jahren bei gleichzeitig fallenden Mieten ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt (2000) von einer verbesserten Wohnsituation von Familien mit Kindern auszugehen.

Obdachlosigkeit: Mietrückstände führen früher oder später zu Räumungsklagen. Der Verlust der Wohnung zieht unweigerlich einen sozialen Abstieg nach sich. Die Zahl der obdachlosen Familien nimmt zu. Zwischen 1994 und 1997 waren rund 1.100 Kinder von Obdachlosigkeit betroffen. Das waren 1997 rund ein Drittel aller von Obdachlosigkeit betroffenen Personen. Die Vorbeugende Obdachlosenhilfe des Amtes für Wohnungswesen versucht in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt, den Familien die Wohnung zu erhalten bzw. stellt Ersatzunterbringungen zur Verfügung. Die Bearbeitungsdauer ist manchmal noch zu lang.

Wohnumfeld: Die Qualität des Wohnumfelds hat für die Attraktivität des Quartiers eine große Bedeutung. Sie ist in Abhängigkeit vom Bebauungstyp unterschiedlich. Insbesondere in den Sanierungsgebieten bestehen für die Stadt Gestaltungsmöglichkeiten, die Vorbildcharakter für andere Stadtteile haben können: Vergrößerung der Grünflächen, Überquerungshilfen von Hauptverkehrsstraßen, Entsiegelung öffentlicher Flächen, Anlage von Spielflächen u. v. a. m.

Leipzig verfügt über 6 m² wohnungsnaher öffentliche Grünfläche pro Einwohner. Dieser Durchschnittswert schwankt nach Bebauungsstruktur zwischen 4 m² und 11 m² pro Einwohner (Zahlengrundlage: Stadtgebiet vor den Eingemeidungen 1999). Die großen Parks sind für die Mehrzahl der Leipziger gut erreichbar.

Besonders Großwohnsiedlungen sind gut versorgt mit öffentlichen Grünanlagen; manchmal allerdings überwiegt die Dekor-Funktion andere Nutzungsmöglichkeiten. Eine Unterversorgung an privaten Grünflächen ist auch in geschlossenen Block- und geschlossenen Blockrandbebauungen zu verzeichnen.

Bei Familien mit Kindern erfreuen sich Kleingartenanlagen sehr großer Beliebtheit. Insgesamt 43 % der Paare mit Kindern verfügen über einen Garten: 23 % in einem Kleingartenverein,

11 % als Wochenendgrundstück und 9 % am Wohnhaus. Von den Alleinerziehenden verfügen 20 % über einen Garten. Noch einmal je ein Viertel der Paare mit Kindern und der Alleinerziehenden haben Interesse an einem eigenen Garten. Die Parzellenfläche ist zwischen 1993 und 1997 um 40 ha auf 996 ha gestiegen (Zahlen nach „Kommunaler Bürgerumfrage 1996“). Erfreulich ist, dass der Bestand an Straßenbäumen gestiegen ist.

3.6 Lebensraum Wohnviertel

Die Kinder erleben die Stadt nicht als ein Ganzes; für sie ist primär der Teil wichtig, in dem sie wohnen. Das unmittelbare Wohnumfeld hat seine Eigentümlichkeiten, seine Lage, seine Architektur, seine demographische Struktur, seinen Ruf. Die baulichen und sozialen Dimensionen des Wohnstandortes schaffen den Sozialraum, in dem sie zu Hause sind.

In den Wohnvierteln Leipzigs vollziehen sich komplizierte Entwicklungsprozesse. Sie gehen mit sozialen Umschichtungen und Entmischungen einher und führen nicht selten dazu, dass in dem einen Viertel das Leben für Familien mit Kindern günstiger als dem anderen ist. Wachstumspolitik und Familienpolitik stehen in einer verletzlichen Wechselbeziehung. Die Bindung an das Wohnumfeld geht verloren, wenn Sanierungen von Innenstadtvierteln oder Neubauten lieb gewonnene Besonderheiten wegnehmen, statt behutsam zu bereichern.

Im Einzelnen gibt es in jedem Bebauungstyp beachtenswerte Defizite und zugleich günstige Anknüpfungspunkte für ein familienfreundliches Zusammenwirken baulicher und sozialer Strukturen. In den gründer-zeitlichen Wohnvierteln mit überdurchschnittlich hohen Geburtenraten gibt es zwar wenig Grün und viel Verkehr, dafür ist die Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen und das kulturelle Angebot gut. In den Ein- und Mehrfamilienhaussiedlungen am Stadtrand ist der Grünflächenanteil hoch, doch das kulturelle Angebot gering. In den Wohnvierteln mit verdichteter Bebauung (gründer-zeitliche Arbeiterviertel, verdichtete Neubaugebiete) gibt es Mängel im Wohnumfeld und in der sozialen Struktur, doch können sie durch die höhere Kinderdichte in gewissem Maße aufgewogen werden.

Zusammengefasst: Die Lebensbedingungen und speziell die Wohnverhältnisse eines großen Anteils Leipziger Familien mit Kindern sind trotz mancher Einschränkung gut und werden von ihnen selbst meist als zufrieden stellend bewertet. Ein anderer Anteil der Familien mit Kindern ist jedoch armutsgefährdet oder lebt bereits in Armut. Die Aufwendungen fürs Wohnen sind dabei eine kritische Größe.

Von Arbeitslosigkeit betroffene Familien sollten so unterstützt werden, dass möglichst wenige Kinder in Armut aufwachsen müssen. Bund und Kommune leisten diesbezüglich bereits Erhebliches (siehe Kapitel 8), aber weitere Verbesserungen sind nötig. Zu denken ist an eine Neugestaltung des Familienlastenausgleichs sowie an eine Anpassung staatlicher Transferleistungen an die gesellschaftliche Dynamik (Steuervergünstigungen, Kindergeld, Wohngeld und anderes).

Von besonderer Bedeutung sind Rahmenbedingungen, die der Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft günstig sind.

Handlungsvorschläge

3-1) Beachtung sozialer Parameter bei Neubau und Sanierungen von Wohngebieten und Entwicklung kindgerechter Infrastrukturen insbesondere in den Randgebieten; kinder- und familienfreundliche Vorgaben in den Wohnungsbauwettbewerben

3-2) Überlegungen zur Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen und zur bestehenden Regelung, dass der maximale Zahlungszeitraum nur 6 Jahre beträgt bzw. nach dem 12. Lebensjahr kein Unterhaltsvorschuss mehr gezahlt wird

Quellen und Literatur:

Huinink J./Schröder T.: „Zur Situation der Familie in Leipzig“, Universität Leipzig/Universität Rostock, 1999

Müller, H.-U.: „Familie und Wohnen“, in: Bertram, H. (Hrsg.): „Die Familie in Westdeutschland“, Opladen 1991

Stadt Leipzig: Kommunale Bürgerumfragen 1996, 1997 und 1998

Stadt Leipzig: Statistische Jahrbücher 1990 - 1998

Stadt Leipzig, Dezernat Soziales und Gesundheit: „Zuarbeit des Lebenslagenreports Leipzig“, Manuskript, 1999

Statistisches Landesamt Kamenz: Mikrozensusdaten für Leipzig 1996 und 1997

Kapitel 4: Lebensraum Stadt / Wohnen und Leben von Kindern in Leipzig

Der Stadt als Lebensraum kommt unter dem Gesichtspunkt der Kinder- und Familienfreundlichkeit eine zentrale Bedeutung zu. Die Spanne reicht von der Sicherung eines ausreichenden Wohnungsangebots über Spiel- und Freiräume bis zur Einbeziehung von Familien und Kindern in Planungsprozesse.

4.1 Spiel-, Mobilitäts-, Bewegungs- und Handlungsräume für Kinder

1997 gab es in Leipzig 286 öffentliche Spielplätze mit rund 412.000 m² Spielfläche. Davon sind 8 als behindertengerechte bzw. -integrierende Spielplätze eingerichtet.

Kinder und Jugendliche werden nach und nach von potentiellen Spiel- und Aufenthaltsorten wie Straßen, Plätzen, Höfen und Gärten verdrängt. Für die verloren gegangenen Bereiche werden Spielplätze als Ersatzräume geschaffen. Die stellen keinen gleichwertigen Ersatz dar, ermöglichen den Kindern aber, auf eigens ihnen vorbehaltenen Flächen zu spielen. Wenn sie entsprechend ausgestaltet sind, können sie wichtige Kommunikationsorte für alle Altersgruppen sein.

Die Stadt hat 1999 eine Spielflächensatzung in Kraft gesetzt. Darin ist u. a. festgelegt, dass bei Gebäuden mit mehr als drei Wohnungen ein Spielplatz mit mindestens 20 m² Fläche angelegt werden muss. Die Spielflächensatzung gilt für neue und sanierte Wohnungen.

Das Spielen der Kinder darf nicht als eine räumlich klar abgrenzbare Funktion betrachtet werden. Das langfristige Ziel lautet: Vom einzelnen Spielplatz zur bespielbaren Stadt und zur spielfreundlichen Umwelt insgesamt. Spielen sollte überall erlaubt und möglich sein.

Kommunale Spielförderung in der Stadt muss Vielfalt anstreben: Spielmöglichkeiten sollen nicht nur speziellen Tätigkeiten dienen, sondern auch offen sein für variantenreiche und spontane Spielideen; sie sollen auch generationsübergreifende Kontakte ermöglichen und Kindern mit Behinderungen echte Beteiligungschancen eröffnen. Diesen und noch weiteren Zielsetzungen können eine Spielraumanalyse, ein Spielraum-entwicklungsplan und ein spielpädagogischer Dienst dienen.

Der Spielraum Stadt ist eine kommunale Herausforderung für das Zusammenwirken von Politik, Verwaltung, Hoch- und Tiefbaufirmen, öffentlichen und freien Trägern, Eltern, Kindern, Jugendlichen.

4.2 Mobilität und Kinder

Die außerhäusliche Erfahrungswelt hat große Bedeutung für die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen. Kinder machen beim Spielen und Umherstreifen Primärerfahrungen sozialer und sinnlicher Art. Auf außerhäusliche Spielmöglichkeiten ist insbesondere die Entwicklung motorischer Fähigkeiten angewiesen (Rennen, Klettern, Balancieren, Werfen, Heben, Roller und Rad fahren, Ball spielen). Dafür eignen sich Höfe, Bürgersteige, Straßen und Plätze, also öffentliche Räume, die das unmittelbare Umfeld von Wohnung und Haus bilden.

Nicht nur der Nahbereich ist als täglich genutzter Spielraum für Kinder wichtig. Mit zunehmendem Alter erweitern sich die Wege ins bisher Unbekannte hinein. Aber gerade diese Streifräume werden durch hoch belastete Hauptverkehrsstraßen und andere Faktoren stark eingeschränkt.

Die Entwicklung der Mobilität von Kindern (von der Erkundung des Nahbereichs der Wohnung bis zur selbständigen Benutzung von Bussen und Bahnen) verläuft heute bis zu fünf Jahren verzögert gegenüber einer normalen Mobilitätsentwicklung.

Einen indirekten, aber nachhaltigen Einfluss auf das Mobilitätsverhalten (Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen im Freien auch bei Dunkelheit, Geilust und Wegewahl, Verkehrsmittelwahl, Wegzugserwägungen) haben auch Kriminalität und mangelnde öffentliche Sicherheit.

Kinder, die nicht ungehindert und ungefährdet im Wohnumfeld spielen können, sind zum Zeitpunkt des Eintrittes in den Kindergarten sowohl in ihrer sozialen als auch motorischen Entwicklung als auch in ihrer Selbständigkeit im Rückstand. Gesundheitsämter, Ärzte und Therapeuten bringen eine Vielzahl von Problemen (Konzentrationsschwäche, mangelnde körperliche Koordinationsfähigkeit, überzogene Eltern-Kind-Bindung) mit dem Verlust außerhäuslicher Spielmöglichkeiten in Verbindung.

Der enorm angestiegene Motorisierungsgrad seit 1990 hat zu einer raschen Besetzung öffentlicher Räume durch Kraftfahrzeuge geführt. Die Folge einer hohen Verkehrsbelastung ist das Verdrängen der Kinder. Sie sind zunehmend auf die separierten Orte Wohnung, Schule, Kindergarten, Spielplatz angewiesen.

Auch für die Eltern, insbesondere für die Mütter, hat eine hohe Verkehrsbelastung, die Entmischung von Funktionen (Bau separater Wohngebiete, Gewerbegebiete, Freizeitanlagen) im Verein mit der Verinselung der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen Folgen. Sie müssen in höherem Maße ihre Kinder betreuen und begleiten, auf dem Spielplatz beaufsichtigen oder mit dem Auto zu Freunden und Freizeiteinrichtungen chauffieren.

In welchem Maße die außerhäusliche Erfahrungswelt für Kinder und Jugendliche

eingeschränkt ist, wird in der Gefährdung durch den Straßenverkehr deutlich. Kinder und Jugendliche sind Fußgänger, Radfahrer und Nutzer der öffentlichen Verkehrsmittel. Der Anteil der Wege, die sie zu Fuß und mit dem Fahrrad zurücklegen, ist doppelt so hoch wie der von Erwachsenen.

Die Zahl der Verkehrsunfälle nahm nach 1989 zu und erreichte 1994 einen Höchststand von 15.921. Die Unfallstatistik zeigt die besondere Gefährdung von Kindern auf.

Nur bei 1,9 % des Hauptstraßennetzes von Leipzig gibt es die Möglichkeit einer sicheren Überquerung an beliebiger Stelle im Straßenabschnitt (1997). Positiv ist, dass es infolge von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung zu örtlichem Rückgang des Unfallgeschehens kam.

Öffentliche Verkehrsmittel ermöglichen eine günstige Wegezeit. Rund 90 % der Leipziger wohnen in einem Einzugsbereich von 300 m um eine Haltestelle der öffentlichen Verkehrsmittel.

4.3 Stadtplanerische Probleme und Konzepte

Die Stadt Leipzig besitzt in Bezug auf die Stadtplanung große Erfahrungen, die sich verstärkt auf Aspekte der Kinder- und Familienfreundlichkeit beziehen sollten. Dabei geht es nicht nur um spezielle Orte für Kinder, um Gemeinschaftseinrichtungen, um Flächen-gestaltung, um Sanierungen, um Architektur, um Verkehrslösungen und andere Einzelaspekte, sondern um ein Insgesamt von qualitativ hochwertigem Lebens- und Freiraum für Kinder.

Gemeinbedarfseinrichtungen: Die Ausdünnung des Netzes sozialer, kultureller und sportlicher Infrastruktureinrichtungen bei gleichzeitig zunehmendem Verkehr verhindert oftmals, dass Kinder und Jugendliche ihre Wege zu diesen Gemeinbedarfseinrichtungen in kurzer Zeit und allein bewältigen können.

Freiflächenausstattung: Die Darstellung von Grün- und Freiflächen im Flächennutzungsplan orientiert sich an Richtwerten, die in Anlehnung an die Empfehlungen der Gartenbauamtsleiter beim Deutschen Städtetag definiert wurden. Es ist zu überprüfen, inwieweit diese Richtwerte auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet sind.

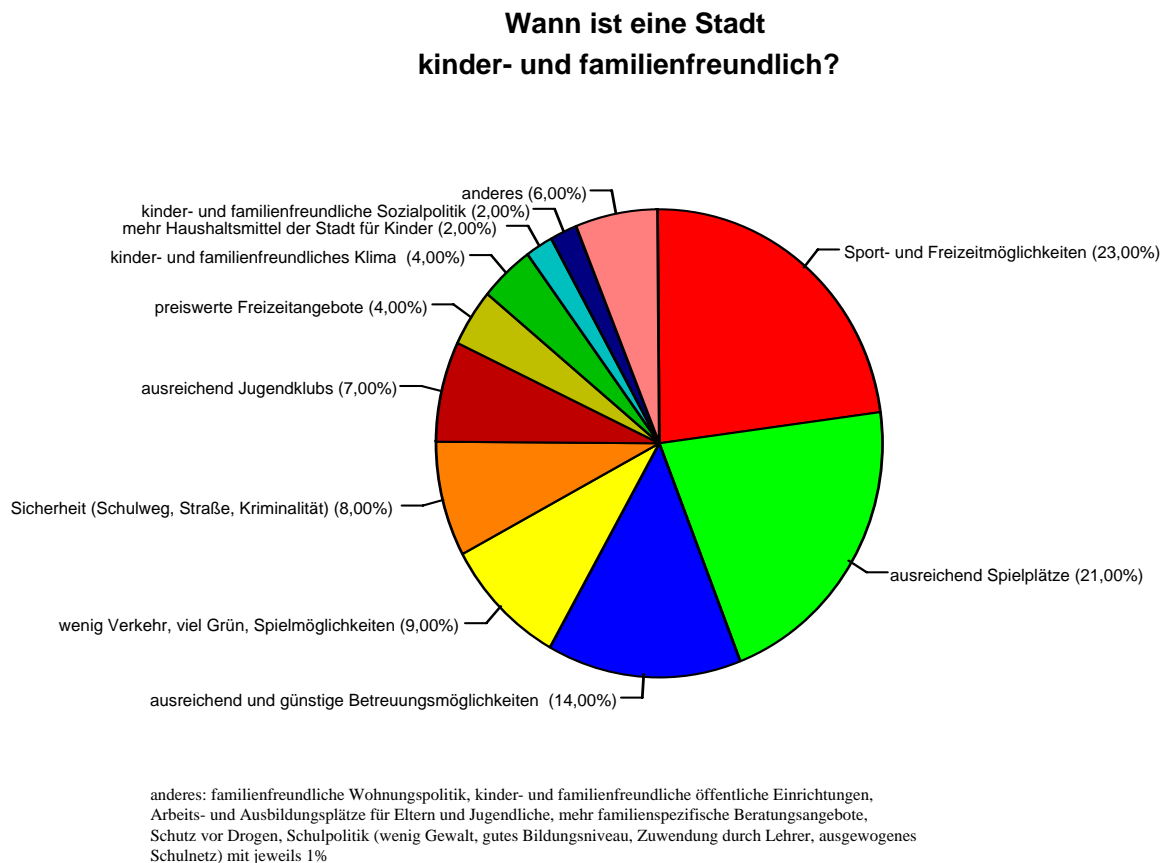
Leitlinien der Stadterneuerung: Sie wurden formuliert, um für die 13 Sanierungsgebiete Stadtentwicklungsziele zu konkretisieren, die den neuen Anforderungen und Bedürfnissen der Bewohner/-innen, der Wirtschaft und des Verkehrs gerecht werden. Dabei werden die Belange von Familien und Kindern bei der Wohnumfeldgestaltung in den Mittelpunkt

gerückt. Gerade für die Wohn- und Lebensbedürfnisse jüngerer Bewohner sollen Lösungen durchgesetzt werden, die innovativ und überzeugend sind. Gepflegte Anlagen und Freiflächen sowie Spielmöglichkeiten, attraktive wohnungsnah Plätze, Wegeverbindungen und Freizeitmöglichkeiten werden als wichtig für die Identifikation mit dem innerstädtischen Quartier und den Abbau von Wegzugsneigungen betrachtet.

Kinderfreundlichkeitskriterien Leipziger Bürgerinnen und Bürger als Antwort auf die Frage: Wann ist eine Stadt kinder- und familienfreundlich? (Quelle: „Zuarbeit des Lebenslagenreports“, Manuskript, Stadt Leipzig 1999).

Das folgende Diagramm zeigt, wie sich die Antworten auf die angegebenen Kriterien verteilen.

Abb. 3



Quelle: Zuarbeit des Lebenslagenreports, Stadt Leipzig, 1999

4.4 Beteiligung von Bürgern

In stadtplanerische Veränderungen im Lebensraum Stadt werden viele Bürgerinnen und Bürger einbezogen. Als Formen der Beteiligung bewähren sich Focusgruppen, Stadtforen, Bürgerversammlungen, Bürgeranhörungen. Auch Kinder und Jugendliche können sich an der Diskussion beteiligen, zum Beispiel in den Kinderbüros. Dies sollte weiter ausgebaut werden.

Bürgerfreundliche Beteiligungsverfahren, die die Interessen und Anregungen betroffener und engagierter Bürgerinnen und Bürger frühzeitig aufnehmen und im Hinblick auf eine kinderfreundliche Stadterneuerung unmittelbar in die Planung integrieren, können mehr und mehr Ersatz für formelle Anhörungsverfahren sein. Identifikation mit den konkreten Veränderungen Leipziger Stadtgebiete und ein größeres Verständnis für die heranwachsende Generation entwickeln sich auf Grundlage aktiver Mitverantwortung.

Kinderfreundlichkeitsprüfungen sollten mit den Akteuren vor Ort erfolgen. Die Stadt Leipzig unterstützt etablierte Institutionen wie das Kinderbüro, aber ebenso kommunale Aktionsbündnisse und Netzwerke, die für eine kinderfreundliche Stadt arbeiten. Sie nutzt deren Ergebnisse für die Stadtplanung (z. B. kindgerechte Bauleitplanung), die Stadt-sanierung (z. B. kindgerechtes Wohnen) und die Umfeldgestaltung (z. B. Wiedergewinnung von Spielraum).

Handlungsvorschläge

4-1) Erarbeitung eines Kriterienkatalogs für Architekten und Planungsbüros zur kinderfreundlichen Gestaltung von Wohnungen und des Wohnumfeldes

4-2) In Durchsetzung des Wohnungspolitischen Konzepts der Stadt Leipzig soll

erreicht werden, allen Bewohnern, insbesondere Familien mit Kindern, entsprechend ihren finanziellen Möglichkeiten und unterschiedlichen Bedürfnissen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen

4-3) Vorbehalt einer genügenden Anzahl großer Wohnungen für Familien mit Kindern durch die Kommune (als Bauaufsichtsbehörde und als Gesellschafterin bei Wohnungsgesellschaften)

4-4) Bevorzugte Vergabe von Landeswohnungsbaufördermitteln bei Sanierungs- und Neubauanträgen für Gebäude mit familienfreundlichen Wohnungsgrundrissen

4-5) Förderung alternativer, nachbarschaftlicher und generationsübergreifender Wohnformen

4-6) Erhaltung der wohnungsnahen öffentlichen und privaten Grünflächen; Garantie für öffentliche Grünflächen bei Neugestaltung von Brach- und Umwidmungsflächen (deutlich über 6 m² pro Einwohner); Versorgung der Bevölkerung, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, mit gut erreichbaren Grün- und Freiflächen (Freihaltung und Umgestaltung von Baulücken, Begrünungen, Vernetzung der vorhandenen Freiflächen durch Fuß- und Radwege, Öffnung von Kleingartenanlagen für die Öffentlichkeit, Öffnung von Schulhöfen außerhalb der Schulstunden)

4-7) Sicherung ausreichender Spiel- und Freiflächen (nicht nur Spielplätze, sondern auch Flächen vor der Haustür, freie Wiesen und Plätze, Hinterhöfe, Baulücken, Spielstraßen, verkehrsberuhigte Bereiche, Fußgängerzonen, Schulhöfe, Außenflächen von Kindergärten, Naturlehrpfade, Bolzplätze, Parks, Ruhezonen) für jede Jahreszeit und für jedes Wetter (überdachter Unterschlupf, Berücksichtigung verschiedener Altersgruppen, überdachte Treffmöglichkeiten, Schaffung von Winterquartieren als Anlaufpunkt)

4-8) Förderung von Abenteuer-, Natur- und Bauspielplätzen, von Spielplätzen für Jugendliche und Erwachsene, von Spielgelegenheiten mit Aufforderungscharakter (Wasserquellen, Sand) und Möglichkeiten der Kommunikation, des Rückzuges und des Spielens

4-9) Angebote zum integrierenden Spiel zwischen behinderten und nichtbehinderten Kindern und Beteiligung der Betroffenen und deren Vertreter (Behindertenverbände) bereits bei der Planung von Spielmöglichkeiten

4-10) Umsetzung der Spielraumsatzung der Stadt; detaillierte Analyse der Spielsituation und Erarbeitung eines Spielraumentwicklungsplans für die gesamte Stadt

4-11) Schaffung günstigerer Bedingungen für die außerhäusliche Mobilität von Kindern und Jugendlichen im Stadt- und Verkehrsraum Leipzig (Radverkehrs- und Fußverkehrsförderung, Fahrradabstellanlagen, Fußgängerfurte, Überquerungshilfen, autofreie Höfe und Fußwege, Überprüfung und Veränderung der Kfz-Parksituationen)

4-12) Sicherung einer wohnortnahen hochwertigen Versorgung der Kinder und Jugendlichen mit sozialen, kulturellen und sportlichen Infrastruktureinrichtungen durch Fachplanungen, Flächennutzungsplan, Bebauungspläne, ortsteilbezogenes Quartiersmanagement (siehe Kapitel 7)

4-13) Öffentliche Diskussion von Varianten für die kinder- und familienfreundliche Stadterneuerung und Neugestaltung von Teilgebieten; öffentlichkeitswirksame Information über Beispiellösungen für Wohnungsmodernisierung, Hof- und Grundstücksgestaltung, Wohnumfeld- und Quartiersneugestaltungen im Hinblick auf die Bedürfnisse von Kindern

4-14) Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Stadtentwicklung und an der Stadtteil- und Wohnumfeldplanung, sowie verstärkt auch an anderen Planungen wie Flächennutzungsplanung, Rahmenplanung, Bauleitplanung (Kinderbeteiligungsverfahren, Projektarbeit, Kinderanhörungen, Jugendforen, Einbeziehung von Schülerräten)

Quellen und Literatur:

Becker, P.: „Straße als Lernort“, Forschung aktuell, Berlin 1985

Berg, Ch.: In: „Mobilität in jungen Jahren“, Darmstadt 1996

Geisler, E.: „Aspekte der Sozialverträglichkeit der Mobilitätsentwicklung“, Leipzig 1997

Hüttenmoser, M./Degen-Zimmermann, D.: „Lebensräume für Kinder“, Zürich 1985

Stadt Leipzig: Kommunale Bürgerumfrage 1996

Stadt Leipzig: „Zuarbeit des Lebenslagenreports Leipzig“, Manuskript, 1999

Stadt Leipzig/Amt für Verkehrsplanung: „Konzeption zur Förderung und Sicherung des Fußgängerverkehrs in Leipzig“, Teilbericht: „Überquerbarkeit der Fahrbahn bei hoher Nutzungsdichte“, Leipzig 1997

Stadt Leipzig: Amt für Wohnungswesen, Amt für Statistik und Wahlen, Amt für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung, Grünflächen- und Friedhofsamt

Kapitel 5: Gesundheit / Familienspezifische Gesundheitsförderung und Prävention

Die Ressourcen der medizinischen Versorgung haben sich sowohl im stationären und ambulanten Bereich als auch in Bezug auf die sozial-medizinischen Beratungsdienste in Leipzig seit 1989 stark verbessert.

Dynamik und Differenzierung der kindlichen Gesundheit haben zugenommen: Es steigt sowohl der Anteil absolut gesunder Kinder als auch der Anteil der Kinder mit Entwicklungs- und Gesundheitsstörungen. Eine Reihe von Krankheiten sind Ausdruck psychischer Überbelastung. Der häusliche Kontext ist dafür genauso verantwortlich wie die lebensweltlichen Zusammenhänge insgesamt. Die Familie hat entscheidende Bedeutung bei der Ausprägung eines angemessenen Gesundheitsverhaltens.

5.1 Säuglings- und Kindersterblichkeit

Die Reduzierung der Frühsterblichkeit lässt sich mit verbesserter Perinatalmedizin erklären. Ursachen für den Anstieg der Nachsterbefälle liegen im veränderten Betreuungssystem (z. B. Wegfall der Rolle der Mütterberatung als Kontrollinstanz) und in veränderten Familiensituationen. Zwischen der sozialen Qualität der Familie und der Säuglingssterblichkeit besteht ein enger Zusammenhang.

Nur wenige Leipziger Mädchen und Jungen sterben schon im Kindesalter (1- bis 15-jährig): 1996 waren es acht Jungen und drei Mädchen. Wer das erste Lebensjahr übersteht, hat eine außerordentlich hohe Chance, auch das 15. Lebensjahr zu erreichen: Die Sterbekurve fällt nach dem 1. Lebensjahr, um dann im Jugendalter nach dem 15. Lebensjahr stark anzusteigen.

Gegenüber 1990 ist die Sterblichkeitsrate der 1- bis 15-Jährigen um über die Hälfte gesunken.

Zu den häufigsten Todesursachen zählen bösartige Neubildungen und (insbesondere bei Jungen) Unfälle. 1994-1995 waren erstmals seit 1990 zwei Selbstmorde von Personen unter 15 Jahren zu verzeichnen, erstmals zwischen 1994 und 1996 auch 6 Todesopfer durch äußere Gewaltanwendung.

5.2 Infektionskrankheiten und Impfschutz

Salmonellosen, deutschlandweit angestiegen, sind auch in Leipzig stark verbreitet. Andere meldepflichtige Infektionskrankheiten spielen demgegenüber eine geringe Rolle. In den letzten Jahren sind kaum Kinder an Tuberkulose oder Hepatitis erkrankt. AIDS ist keine meldepflichtige Krankheit; doch ist bekannt, dass in Leipzig kein unter 18-Jähriger an AIDS erkrankt ist (1998).

Der Impfstatus der Leipziger Schulkinder ist in Bezug auf viele Krankheiten gut. Jedoch bestehen auch erhebliche Impflücken, die in einigen Bereichen und Altersgruppen eher größer als kleiner werden.

Schulärztliche Reihenuntersuchung Schuljahr 1995/96: Sowohl bei Eingeschulerten als auch bei Schülern waren sehr gute Durchimmunisierungsgrade (über 90 %) bei Tuberkulose, Kinderlähmung und Masern zu finden. Impflücken bestanden unter Eingeschulerten (im Gegensatz zu den Schülern höherer Klassen) bei Keuchhusten.

Unzureichender Impfschutz lag in allen Klassenstufen bei Mumps und Röteln vor. Bei Schülern ab der 2. Klasse war auch bei Diphtherie kein Kollektivschutz vorhanden. Bei 40 % der über 18-jährigen Leipziger Bevölkerung lagen die letzten Impfungen gegen Kinderlähmung und Diphtherie länger als 10 Jahre zurück.

Bedenklich ist, dass 5 % der Kinder zur Einschulungsuntersuchung keine Impfunterlagen vorlegen konnten.

Das Gesundheitsbewusstsein von Familien drückt sich auch in der Inanspruchnahme der Impfmöglichkeiten aus. Obwohl es diesbezüglich manchen Eltern durchaus an Aufmerksamkeit und Initiative fehlt, war 1996 der Anteil der Leipziger außerordentlich niedrig, der Impfungen ablehnt (1 % gegenüber mehr als 25 % in den alten Bundesländern). Keinem (der in der Kommunalen Bürgerumfrage von 1996 Befragten) waren Impfungen wirklich gleichgültig (0 % gegenüber fast 40 % in den alten Bundesländern).

5.3 Kinder mit Behinderungen

In Leipzig gab es 1997 817 behinderte Kinder unter 15 Jahren mit einem Grad der Behinderung von 30 % und mehr. Davon waren 746 schwerbehinderte Kinder mit einem Grad der Behinderung von 50 % und mehr. Die meisten behinderten Kinder lebten in ihren Familien.

Von den über 34.000 schwerbehinderten Leipzigern haben 8,4 % ihre Behinderung von Geburt an (Zahlen von 1997). Die häufigste Behinderung bei Kindern (knapp 50 %) sind geistig-seelische Störungen, gefolgt von Funktionsbeeinträchtigungen innerer Organe bzw. Organsysteme (rund 15 %).

Nach allgemeinen Schätzungen werden 0,8 % aller Kinder mit Missbildungen geboren, die zu einer Behinderung führen. Darunter sind besonders häufig Frühgeborene. Durch Erkrankungen und Unfälle steigt der Anteil behinderter Kinder an und erreicht bei den schulpflichtigen Kindern 1,5 %.

5.4 Gesundheit der Schulanfänger

Der Anteil von Einschülern ohne krankhafte Befunde ist in den Jahren von 1994 bis 1996 von 33 % auf 36 % angestiegen. Dennoch gibt es eine Reihe von Störungen bei Schulanfängern, deren Anteile in diesem Zeitraum ebenfalls größer geworden sind.

Wahrscheinlich soziokulturell bedingt (gestörte Kommunikation im Elternhaus, zu langes fernsehen, hypertrophes Computer spielen, Vernachlässigung der Sprachkultur) haben Sprachstörungen auch in Leipzig zugenommen und erreichten bis 1997 einen Anteil von 20 % an den Einschülern.

Ebenfalls ansteigend sind Zahl und Schwere psychischer Störungen, die in der Regel mit problematischen Eltern-Kind-Beziehungen gekoppelt sind.

Jeder elfte Schulanfänger hatte einen Haltungsschaden, jeder zehnte eine Hörstörung (alle Zahlen stammen aus Untersuchungen aus dem Schuljahr 1996/97).

Der Anteil der Hörgestörten steigt auf 30 % bei Jugendlichen.

Zugenommen haben allergische Reaktionen bei Kindern. Dazu gehört auch Asthma, nicht zuletzt infolge von Kfz-Abgasemissionen.

Sprachstörungen haben Signalcharakter für andere Entwicklungsrückstände. Das betrifft intellektuelle Entwicklungsrückstände, motorisch-koordinative Defizite und Störungen der visomotorischen Koordination, die für den Schulerfolg gerade anfangs sehr wichtig sind.

Die Zahl der Schulrückstellungen aus gesundheitlichen Gründen ist im Vergleich der zwei Fünfjahresperioden 1985/86-1989/90 und 1992/93-1996/97 von durchschnittlich 6 % auf 14 % angestiegen.

Der Wandel in der Morbiditätssituation seit 1990 signalisiert Handlungsbedarf in Bezug auf Präventionsmaßnahmen bei den Vorschulkindern.

5.5 Gesundheit von Schulabgängern

Der Anteil von absolut gesunden Schulabgängern war bis 1996/97 rückläufig. Selbst bei Schülern der 9. Klasse traten noch Sprachstörungen auf, mit steigender Tendenz. Dieser Befund verdient große Beachtung, denn Sprachstörungen vermindern die beruflichen Ausbildungschancen.

Ein Drittel benötigte eine Brille. Jeder Sechste hatte eine manifeste Wirbelsäulenerkrankung.

Chronische Bronchitiden waren infolge geringerer Luft-Schadstoff-belastung zurückgegangen, Heuschnupfen und andere allergische Reaktionen dagegen angestiegen.

Ebenso war der Anteil an übergewichtigen und untergewichtigen Schulabgängern größer geworden, die häufig aus psychischen Problemsituationen (Trennungserlebnisse, fehlende Geborgenheit, vermisste Anerkennung) resultieren.

5.6 Zahngesundheit

Jedes zweite Kind im Vorschulalter und nur jedes vierte Kind der ersten Klasse hatte ein naturgesundes Gebiss (Untersuchungen 1995/96). Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil zahnkranker Schüler rasch an. Infolge individual- und gruppenprophylaktischer Angebote konnte der Zustand etwas verbessert werden. Jedoch entspricht der Anteil kariesfreier Gebisse noch nicht den Zielsetzungen der WHO für die Euro-Region.

5.7 Gebrauch psychoaktiver Substanzen

Untersuchungen des Psychologischen Instituts der Universität Leipzig von 1994 ergaben, dass bei Schulabschluss 30 % der Schüler Gewohnheitsraucher waren und 20 % regelmäßig Alkohol tranken. Schüler rauchten etwas häufiger als Schülerinnen, Mittelschüler/-innen fast viermal so häufig als Gymnasiasten. Viele Schüler/-innen werden schon sehr früh zu Gewohnheitsrauchern und Alkoholtrinkern, zu einem Zeitpunkt, da sie sich über die Folgen ihres Tun noch nicht im Klaren sind. Neben den Gleichaltrigen spielen hier die Eltern eine wichtige Rolle: Wenn sie rauchen, dann ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass auch die Kinder rauchen (Schulte/Strathaus 1996).

Aktives oder passives Rauchen der Kinder beeinträchtigt deutlich ihren Gesundheitszustand. Kinder in Raucherhaushalten haben doppelt so häufig Husten, Kopf- und Bauchschmerzen, leiden dreimal häufiger an Schlafstörungen und Konzentrations-schwierigkeiten, und sie nehmen doppelt so viele Schmerzmittel wie Kinder aus Nichtraucherhaushalten ein.

Der Anteil von Jugendlichen, die illegale Drogen nehmen, ist gestiegen, ebenso die Prädisposition (Anfälligkeit) von Kindern, später drogensüchtig zu werden. Die Probierebereitschaft und Drogenerfahrung für weiche und synthetische Drogen ist in Ost und West inzwischen etwa gleich. Hingegen ist der Konsum harter Drogen in der Großstadt Leipzig trotz ihrer zahlreichen Subkulturen vom quantitativen Niveau der Altbundesländer noch immer weit entfernt. Jedoch ist auf besonders hohe Zunahmeraten unter den 14- bis 21-Jährigen zu verweisen.

Leipzig verfügt über ein differenziertes Angebot für Aufklärung, Hilfe und Therapie, das weiter ausgebaut werden kann. Das bezieht sich auch auf die Suchtprävention. 4 von insgesamt 7 ambulanten Suchtberatungsstellen wurden für die Betreuung von Drogenabhängigen geöffnet. Die Betten der Kinderpsychiatrischen Klinik am Park-Krankenhaus Leipzig-Dösen zur psychiatrischen Akutbehandlung abhängigkeitskranker Jugendlicher sind hoch ausgelastet.

Der Freistaat Sachsen verfügt über keine eigene Langzeittherapieeinrichtung für drogenabhängige Jugendliche. Damit fehlt ein wichtiges Element der gemeindenahen Suchtkrankenhilfe.

5.8 Die physikalische, chemische und biologische Umwelt und ihre Auswirkungen auf Kinder

Die SO₂-Konzentration in der Leipziger Luft hat sich erheblich verringert; angestiegen sind dagegen die Messwerte bei Stickstoffoxiden und Benzol. Die Ozonwerte erreichen bisher nur sehr selten und nur punktuell kritische Werte. In stark befahrenen Straßenabschnitten muss mit kritischen Rußkonzentrationen gerechnet werden.

Belastungsfaktoren der Innenraumluft sind: Toxische Emissionen aus Baustoffen und Einrichtungsgegenständen, Kohle- und Gasheizungen, Desinfektionsmitteln und Tabakrauch. Da Kinder verstärkt mit Atemwegserkrankungen, Asthma und Allergien auf Schadstoffe reagieren, hat die Schaffung eines gesunden Innenraumklimas hohe Priorität.

Lärmbelastung: Kinder sind erheblichen Lärmbelastungen ausgesetzt, auch in Innenräumen, die Hör- und viele weitere Schäden verursachen. Das Bewusstsein über die

schädigende Wirkung von Lärm ist zu wenig entwickelt. Das Amt für Umweltschutz sollte Messungen von schädigenden Lärm-Spitzenwerten in Kopfhöhe der Kinder durchführen.

Wasserqualität: Das Leipziger Trinkwasser kann ohne Bedenken für die kindliche Gesundheit genutzt werden. Probleme können sich allerdings durch die Bleirohre ergeben, die noch in 30 % der Haushalte (1997) genutzt werden müssen. Auch die Wasserqualität der öffentlichen Bäder ist deutlich verbessert und entspricht den Anforderungen. 1995-1997 wurden keine Erkrankungen bekannt, deren Ursache mit einem Schwimmbadbesuch in Verbindung gebracht werden konnte.

Gemeinschaftseinrichtungen: Jährlich werden Hygienekontrollen in den Schulen der Stadt durchgeführt. Trotz großer Fortschritte bei der Renovierung und Sanierung von Schulen, kann der Zustand vieler Schulen noch nicht befriedigen. Schwerpunkte liegen im mangelhaften Zustand der Sanitäreinrichtungen einiger Schulen. In den Kindertagesstätten haben sich auf Grund der rückläufigen Kinderzahlen die räumlichen Voraussetzungen verbessert. Es stehen ausreichend große Gruppen- und Schlafräume sowie Mehrfunktionsräume zur Verfügung. Durch die Neugestaltung vieler Freiflächen wurden die Bedingungen zum Aufenthalt im Freien wesentlich verbessert. Die Sanitäreinrichtungen sind jedoch vielfach renovierungsbedürftig.

Die Ausstattung der Gruppenräume mit zweckmäßigem und kinderfreundlichem Mobiliar ist Schwerpunkt vieler Einrichtungen.

Trotz mancher Erneuerungen ist der bauliche Zustand vieler Turnhallen schlecht.

5.9 Medizinische Versorgung

Der Versorgungsgrad in Bezug auf Kinderärzt/-e/-innen, Zahnärzt/-e/-innen, Hebammen, Physiotherapeut/-en/-innen, Krankengymnast/-en/-innen und anderes medizinisches Fachpersonal ist seit 1989 auch infolge des Geburtenrückgangs höher geworden, und zugleich sind qualitative und Ausstattungsverbesserungen in den medizinischen Einrichtungen deutlich erkennbar.

Die stationäre medizinische Versorgung der Kinder und Jugendlichen wird durch 221 pädiatrische Betten ausreichend gewährleistet.

Für die ambulante medizinische Versorgung stehen (Zahlen von 1996) 53 Kinderärzte zur Verfügung. Ein Kinderarzt betreute 1996 durchschnittlich 1.158 Kinder. Diese Kapazitäten werden dem Bedarf gerecht.

Allgemeine Arztpraxen und Apotheken sind von 80 % bis 90 % der Bevölkerung innerhalb von 10 Minuten zu erreichen. Der „Kommunalen Bürgerumfrage 1998“ zufolge sagen die meisten Leipziger Eltern, dass die Gesundheitsvorsorge für ihre Kinder in Leipzig gut organisiert sei.

Hinsichtlich der allgemeinen ambulanten zahnärztlichen Versorgung ist gegenüber 1994 eine Verbesserung eingetreten, allerdings konnten große Unterschiede zwischen den Stadtbezirken nicht abgebaut werden.

In der Schulzahnklinik gibt es 17 Kinderstomatologen und einen Kieferorthopäden.

Bei sonstigen medizinischen Berufen sind für das Kindes- und Jugendalter insbesondere Hebammen, Logopäden und Physiotherapeuten von Interesse. Mit 32 Physiotherapeuten bzw. Krankengymnasten je 100.000 Einwohner (Steigerung von 1994 bis 1997 um 28 %) kann die ambulante Versorgung der Bevölkerung auf diesem Gebiet als überdurchschnittlich gut bezeichnet werden. Auch bei den Hebammen ist ein Überangebot vorhanden, das sich bis 1997 noch verstärkt hat.

Im öffentlichen Gesundheitsdienst waren 1997 16 Ärzte im kinder- und jugendärztlichen Dienst sowie 25 Sozialarbeiter bzw. sozialmedizinische Assistenten tätig. Sie sind für die Schulgesundheitspflege verantwortlich. An acht Standorten wird Mütterberatung angeboten. Die Inanspruchnahme ist jedoch stetig rückläufig.

Der Versorgungsgrad in Bezug auf Schwangerenberatung und -betreuung, durch niedergelassene Gynäkologen und Hebammen wahrgenommen, ist ausreichend. Jedoch werden Frauen mit Risikoschwangerschaften nicht intensiv genug betreut. Die Vernetzung von ambulanter Betreuung und stationärer Geburtshilfe sollte verstärkt werden.

Insgesamt hat Leipzig in Bezug auf die medizinische Betreuung von Kindern in Qualität und Quantität eine sehr gute Infrastruktur, wenngleich in den einzelnen Stadtbezirken und Stadtteilen unterschiedlich dicht. Die Anzahl an hochqualifizierten Kinderärzten, Kinderstomatologen und anderen medizinischen Fachkräften ist ein bedeutender Vorteil der Leipziger Kinder und Familien im Vergleich zu anderen Städten.

Handlungsvorschläge

5-1) Intensivierung der Schwangerschaftsvorsorge und perinatalen Versorgung bei Risikoschwangerschaften

5-2) Intensivere Vorsorgeuntersuchungen bei Säuglingen, speziell sozial gefährdeter Familien

5-3) Steigerung der Durchimmunisierungsgrade bei Schülern bei den so genannten Kinderkrankheiten auf mindestens 80 % und Steigerung der Impfquoten bei Erwachsenen gegen Diphtherie, Kinderlähmung und Tetanus; Führung eines Impfkatasters; verstärkte Aufklärung der Bevölkerung (insbesondere der Eltern) über den Impfschutz

5-4) Früherkennen von Entwicklungsverzögerungen und krankhaften Störungen durch Frühdiagnostik; Screeninguntersuchungen zwischen dem 3. und 4. Lebensjahr durch Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes zur Früherkennung (Leipziger Modell); rechtzeitige Einleitung von Frühförderungs- und Integrationsmaßnahmen; Bildung einer autorisierten fach- und ämterübergreifenden Arbeitsgruppe „Frühförderung“ und Schaffung einer förderpädagogischen Beratungsstelle für Kindereinrichtungen

5-5) Erarbeitung einer Richtlinie für gesundheitsgerechte Sanierung von Gebäuden und Innenräumen in Kindereinrichtungen; Sicherung der Innenraumuntersuchungen auf Krankheitsursachen in Kindereinrichtungen

5-6) Ausbau umweltmedizinischer Beratungsangebote

5-7) Sicherung einer flächendeckenden Gruppenprophylaxe im 2. bis 12. Lebensjahr durch die Schulzahnklinik

5-8) Zurückdrängung der Angebote an Rauschmitteln und weiterer Ausbau der präventiven Aktivitäten

5-9) Schaffung einer gemeindenahen Langzeittherapieeinrichtung für drogenabhängige Jugendliche und Schaffung einer Übergangseinrichtung für Jugendliche, die auf einen Therapieplatz warten; eine solche Einrichtung kann gleichzeitig als ein ambulantes Krisenzentrum mit niedrigschwelligem Zugang dienen

5-10) Berücksichtigung der Luftschadstoffexpositionen bei der Wahl des Standortes von Kindereinrichtungen oder Spielanlagen

5-11) Abbau gesundheitsgefährdender Lärmbelastungen, insbesondere in öffentlichen Freizeiteinrichtungen und Verbesserung des Lärmschutzes in Wohngebieten; altersgerechte Aufklärungsarbeit über Gefährdungen durch langandauernde Lärmbelastung

5-12) Aufklärung sozialförderungsbedürftiger Familien über die Möglichkeiten des öffentlichen Gesundheitsdienstes

Quellen und Literatur:

Universität Leipzig: Institut für Psychologie „Wilhelm Wundt“

Gesundheitsamt Leipzig und Schulzahnklinik Leipzig

Gesundheitsamt: Schulärztliche Reihenuntersuchung im Schuljahr 1995/96

Stadt Leipzig: Amt für Statistik und Wahlen

Stadt Leipzig: Gesundheitsberichte 1994 und 1996, Kommunale Bürgerumfragen 1996 und 1998, „Lebenslagenreport Leipzig“, 1999

Statistisches Landesamt Sachsen

Sächsisches Landesamt für Umwelt und Geologie

Schulte/Strathaus: „Heidelberger Kinderstudie“, in: „Psychologie heute“, Februar 1996

Kapitel 6: Gewaltprävention / Vorbeugung von Kinder- und Jugenddelinquenz und von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche

Kinder- und Jugendkriminalität ist auch in Leipzig ein ernst zu nehmendes Problem. Der Erfolg präventiver Arbeit hängt davon ab, ob und wie es gelingt, die Entstehungszusammenhänge von Kriminalität zu erkennen und zu verändern. Die Strategie der Stadt Leipzig besteht darin, Präventionsbemühungen zu unterstützen, damit man möglichst wenigen Kindern und Jugendlichen mit Repression begegnen muss.

6.1 Straftaten von Kindern und Jugendlichen

Abb. 4

Gruppen	1992		1993		1994		1995		1996		1997		1998	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Jungen bis 10 J.	53	0,2	83	0,3	116	0,5	104	0,5	109	0,6	137	0,9	164	1,1
Mädchen bis 10 J.	15	0,1	16	0,1	26	0,1	33	0,2	29	0,2	41	0,3	37	0,3
Jungen 10-12 J.	141	2,4	186	3,2	163	2,9	282	5,2	208	4,1	252	5,0	242	4,9
Mädchen 10-12 J.	42	0,7	59	1,0	54	1,0	88	1,7	66	1,3	92	2,0	103	2,3
Jungen 12-14 J.	380	6,3	472	8,0	380	6,7	502	9,0	425	8,1	531	10,7	475	10,0
Mädchen 12-14 J.	144	2,5	205	3,5	192	3,5	257	4,7	230	4,6	344	6,9	315	6,9
Jungen bis 14 J.	574	1,5	776	2,2	659	2,0	888	2,9	742	2,7	920	3,6	881	3,6
Mädchen bis 14 J.	201	0,6	288	0,8	272	0,9	373	1,3	325	1,2	477	1,9	455	2,0
Jungen 14-16 J.	665	11,4	836	14,3	778	13,4	780	14,0	813	15,2	835	16,1	806	16,5
Mädchen 14-16 J.	262	4,8	310	5,6	274	4,8	396	7,2	380	7,4	405	8,3	405	8,7
Jungen 16-18 J.	934	20,3	855	16,4	862	15,3	907	16,3	1053	19,4	941	18,2	985	19,5
Mädchen 16-18 J.	347	7,8	213	4,4	222	4,3	232	4,4	250	4,7	339	6,6	326	6,7
Jungen 14-18 J.	1599	15,4	1691	15,3	1640	14,4	1687	15,1	1866	17,3	1776	17,2	1791	18,0
Mädchen 14-18 J.	609	6,2	523	5,0	496	4,6	628	5,8	630	6,1	744	7,4	731	7,8

Einige Anmerkungen zu dieser Übersicht: Zwischen 1991 und 1992 weist die Statistik einen sprunghaften Anstieg aus. Diese Zahlen vermitteln den Eindruck, es habe sich in wenigen Wochen eine massive Verhaltensänderung vieler Kinder und Jugendlicher vollzogen. Aber in den Jahren 1990-1992 wurde die Polizeistatistik und die polizeiliche Registrierung Tatverdächtiger auf die neuen Rechtsverhältnisse umgestellt. Deshalb kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich auch die Kriterien krimineller Akte änderten und dass die höheren Zahlen des Jahres 1992 zu einem wesentlichen Anteil darauf zurückzuführen sind. Je höher das Hellfeld der Polizeistatistik ist, also Fälle aufgenommen werden und ihnen nachgegangen wird, desto höher werden dann auch die statistischen Zahlen. Anders gesagt: Je besser die Polizeiarbeit wird, umso deutlicher werden die absoluten Zahlen der Kriminalstatistik steigen. Es ist ratsam, für die Kriminalitätsentwicklung von Kindern und Jugendlichen nicht die Zahlen des Jahres 1991, sondern die des Jahres 1992 als Basis zu verwenden. Mit ähnlichen Verzerrungen braucht man bei den Zahlen von 1992 bis 1998 nicht mehr zu rechnen.

1998 wurden in Leipzig 2.522 = 13,0 % der Jugendlichen und 1.336 = 2,8 % der Kinder als tatverdächtig registriert.

Die Tatverdächtigenzahlen sind bei Jungen und Mädchen in allen Altersgruppen angestiegen; sie erreichen ihren höchsten Stand bei den 12- bis 14-jährigen (10,0 %), 14- bis 16-jährigen (16,5 %) und 16- bis 18-jährigen Jungen (19,5 %).

Für pädagogische Überlegungen ist wichtig, dass man diesen Statistiken entnehmen kann, wie viele Kinder und Jugendliche aufgrund selbst-zu-verantwortender Entscheidungen mit der Polizei zu tun bekamen. In vielen Fällen wird diese Entscheidung durch das Wissen über die Chancen, unentdeckt zu bleiben, beeinflusst sein. Je größer der Anteil dieses „Dunkelfeldes“ ist, desto mehr wird in Cliquen und auf Schulhöfen über erfolgreich gewesene und über aussichtsreiche zukünftige Taten gesprochen. Die Aufklärung der Dunkelziffer leistet wichtige Beiträge zum Verständnis der Tatmotive und hilft somit, Präventionsansätze zu präzisieren.

Die Polizeistatistik muss alle registrierten Straftaten aufnehmen. Dabei schlägt der Diebstahl eines Kaugummis statistisch genau so zu Buche wie eine schwere Körperverletzung. Unterscheidungen nach der Schwere der Taten stellen eine Grundlage für die Motivaufklärung dar. Hier werden die Zahlen der Deliktbereiche Gewalt, Körperverletzung, Raub/räuberische Erpressung und Ladendiebstahl dargestellt. In der Statistik werden darüber hinaus die Bereiche Nötigung/Bedrohung, Rauschgiftdelikte, Diebstahl aus Wohnungen und aus Autos, Straßenkriminalität, Betrug, Sachbeschädigung u. a. unterschieden.

Abb. 5

Gruppen	1992		1993		1994		1995		1996		1997		1998	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
	Gewalt													
Jungen bis 14 J.	6	0	18	0,1	14	0	36	0,1	35	0,1	50	0,2	52	0,2
Mädchen bis 14 J.	1	0	5	0	11	0	4	0	8	0	19	0,1	10	0
Jungen 14-18 J.	84	0,8	193	1,7	174	1,5	211	1,9	233	2,2	186	1,8	150	1,5
Mädchen 14-18 J.	7	0,2	14	0,1	48	0,4	40	0,4	40	0,4	61	0,6	44	0,5
	Körperverletzung													
Jungen bis 14 J.	28	0,1	68	0,3	39	0,1	44	0,1	77	0,3	79	0,3	115	0,5
Mädchen bis 14 J.	2	0	17	0,1	10	0,0	15	0,1	22	0,1	21	0,1	14	0,1
Jungen 14-18 J.	176	1,7	226	2	204	1,8	219	2	242	2,2	219	2,1	213	2,1
Mädchen 14-18 J.	28	0,3	45	0,4	53	0,5	63	0,6	68	0,7	67	0,7	41	0,4
	Raub/räuberische Erpressung													
Jungen bis 14 J.	5	0	11	0	13	0	22	0,1	15	0,1	25	0,1	22	0,1
Mädchen bis 14 J.	1	0	3	0	11	0	0	0	2	0	14	0,1	4	0
Jungen 14-18 J.	38	0,4	149	1,3	138	1,2	157	1,4	180	1,7	119	1,1	100	1,0
Mädchen 14-18 J.	10	0,1	9	0,1	46	0,4	28	0,3	16	0,2	34	0,3	31	0,3
	Ladendiebstahl													
Jungen bis 14 J.	333	0,9	428	1,2	376	1,1	576	1,9	392	1,4	521	2,0	434	1,8
Mädchen bis 14 J.	181	0,5	236	0,7	206	0,6	295	1,0	275	1,0	397	1,6	367	1,6
Jungen 14-18 J.	26	7,9	645	5,8	559	4,9	629	5,6	618	5,7	712	6,9	653	6,6
Mädchen 14-18 J.	503	5,1	362	3,5	293	2,7	416	3,9	391	3,8	499	5,0	472	5,0

Das bei weitem häufigste Delikt unter Kindern und Jugendlichen ist Ladendiebstahl. Bei Nötigung/Bedrohung, Raub/räuberische Erpressung und Gewaltkriminalität ist ebenfalls ein starker Anstieg der schweren Gewalttaten unter den Kindern und Jugendlichen zu verzeichnen. Die Straßensriminalität ist seit 1993 unter den 14- bis 18-jährigen Jungen gleich hoch geblieben.

Auch in Leipzig begehen immer mehr jüngere Kinder Straftaten. Es gibt eine Akzeleration kriminellen Verhaltens. Vermutlich kann man den Erfolg von Präventionsprogrammen daran ablesen, ob diese Tendenz sich fortsetzt.

Die Tabelle zeigt bei Jungen und Mädchen unterschiedliche Häufigkeiten und Anteile; es zeigt sich, dass es geschlechtsspezifische Profile von Delinquenz gibt. Allerdings begehen jetzt mehr Mädchen Straftaten, die früher fast ausschließlich von Jungen begangen wurden.

Die Gewaltausübung von Jugendlichen findet hauptsächlich auf der Straße statt, weniger in der Schule und in anderen Räumlichkeiten. Innerhalb der Stadt Leipzig und in den Stadt- und Ortsteilen gibt es Unterschiede.

Kinder- und Jugendkriminalität ist in starkem Maße Straßenkriminalität mit Erlebnischarakter. Motivation zu und Funktion von Gewalt haben sich stark verändert. Gewalt wird von diesen Kindern und Jugendlichen als gesellschaftsadäquat erlebt und als ihr gutes Recht betrachtet. Sie entspringt weniger einer Protesthaltung, sondern ist eher sozialdarwinistisch legitimiert: Der Stärkere setzt sich durch. Zum einen gilt es, sich wehren zu können, zum anderen ist Gewalt aber auch Ausdruck eines aktiven Lebensstils. Viele Jugendliche betonen den Fun- und Eventcharakter der Gewalt: Gewalt ist aufregend und interessant.

Drogen (siehe Kapitel 5.7) spielten bis 1993/94 unter Leipziger Jugendlichen kaum oder nur eine unbedeutende Rolle, bis es ab 1995 zu einem Anstieg der eines Rauschgiftdeliktes verdächtigten Jugendlichen kam. Die Dunkelziffer ist zumindest bei weichen Drogen hoch, auch 13- und 14-jährige Jungen wie Mädchen können schon Drogenerfahrungen haben (Marihuana, Ecstasy). Innerhalb Sachsens verzeichnete Leipzig in jüngster Zeit die größte Zuwachsrate an Drogenabhängigen. Mit Drogendelikten geht bekanntlich auch Beschaffungskriminalität (Raubüberfälle, Wohnungseinbrüche und Ähnliches) einher.

6.2 Familienunterstützende Prävention

Die Stadt schenkt der Prävention als Unterstützung für Familien im Umgang mit Kriminalität erhebliche Beachtung. Die beim Kriminalpräventiven Rat 1996 gebildete Arbeitsgruppe „Jugenddelinquenz“ wendet sich diesem Thema auf verschiedenen Ebenen in Kooperation verschiedener Akteure zu. Besondere Schwerpunkte sind Gewalterfahrung von Kindern und Jugendgewalt.

Dem Bereich der primären Prävention - der Arbeit mit allen Kindern und Jugendlichen zur

Verhinderung von Verbrechen und Gewalt im Ansatz - sind eine Reihe von Jugendhilfe-projekten der Stadt zuzuordnen.

Zielgruppen der sekundären Prävention sind auffällige, gefährdete und bereits ausgegrenzte Kinder und Jugendliche, die in der Regel sozial, schulisch, familiär und ökonomisch gegenüber Altersgleichen benachteiligt sind. Auch Jugendliche, deren berufliche und damit soziale Integration von massiven Brüchen und prekären Arbeitsverhältnissen belastet ist, gehören ins Blickfeld.

Die tertiäre Prävention - die Arbeit mit bereits straffällig gewordenen Jugendlichen - wird in Leipzig von Trägern der freien und öffentlichen Jugendhilfe realisiert.

Sowohl für die primäre als auch für die sekundäre und tertiäre Prävention gewinnt der Täter-Opfer-Ausgleich an Bedeutung. Als sozialpädagogische Methode ist er speziell in der Arbeit mit tatverdächtigen und strafunmündigen Kindern sinnvoll, um Wirkungen krimineller Handlungen zu verdeutlichen und soziales Verantwortungsgefühl zu fördern.

Themen und Projekte: Neben Freizeitarbeit in den Clubs oder in Wochenendfreizeiten, werden Diskussionsrunden und Gruppenarbeit zu den Themen Aggression, Gewalt und Rechts- oder Linksradikalismus angeboten. Einige Projekte beinhalten Einzelfallhilfe, die die berufliche Integration vorbereitet und günstigenfalls einleitet. Dies ist besonders wichtig und wirksam: Berufliche Perspektive ist in vielen Fällen die beste Prävention.

In Bezug auf rechtsextremistische Gewalt haben das Thesenpapier Rechtsextremismus und der Maßnahmenkatalog der Stadt Leipzig aufhorchen lassen.

Einen weiteren wichtigen Bereich stellt die Arbeit mit (gewaltbereiten) Fußballfans dar. Bis jetzt gibt es noch zu wenige Projekte, die auf diese Jugendlichen ausgerichtet sind.

Ein besonderes Anliegen stellt die Prävention von Drogensucht dar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass neben den illegalen Drogen auch der Alkohol bereits bei Kindern und Jugendlichen zu Suchtproblemen führt (siehe Kapitel 5.7).

Wichtige Hinweise kommen von der Polizei und der Justiz. Deshalb ist ein gutes Zusammenwirken von Polizei, Justiz, Jugendhilfe, Jugendberufshilfe, Schule, freien Trägern in allen Fragen der Präventionsarbeit hilfreich.

Stadtteilläden bieten gute Möglichkeiten, um Kriminalität begünstigende Veränderungen im sozialen Klima frühzeitig zu erkennen. Hier sind Gespräche möglich, die voreilige Rufer nach repressiver Staatsgewalt oder nach Bürgerwehren nachdenklich macht.

Trotz aller bisherigen Präventionsbemühungen gibt es in der Öffentlichkeit Skepsis und Vorbehalte gegenüber der Wirksamkeit von Präventivstrategien. Der Kriminalpräventive Rat verfügt über die fachlichen Ressourcen, die geeignet sind, Präventionsstrategien auf den Weg zu bringen.

Abb. 6

Straftat	1996			1997		
	gesamt	Opfer von Verwandten		gesamt	Opfer von Verwandten	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich
Opferdelikte	6.466	121	377	6.364	127	354
Mord	8	0	0	16	0	1
Vergewaltigung	47	0	2	50	0	7
Sexuelle Nötigung	52	0	0	33	0	4
Sexuelle Nötigung von Schutzbefohlenen	18	0	9	17	1	12
Sexueller Mißbrauch von Kindern	131	2	11	158	8	19
Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen	11	0	0	11	0	0
Körperverletzung	3.189	84	242	3.224	88	201
Straftaten gegen persönliche Freiheit	1.743	28	197	1.615	25	102

Diese Tabelle hat als Grundlage nur diejenigen Gewaltakte, die die Polizei aufgrund von Anzeigen ermittelt hat. Aus den Ergebnissen von Jugendstudien, insbesondere des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen in Leipzig und weiteren deutschen Städten, weiß man, dass Kinder in vielen Fällen nicht wissen, wie und mit wem sie darüber reden sollen, dass sie Gewaltopfer von Verwandten oder auch der eigenen Eltern geworden sind. Manchen Kindern verschließt die Scham oder der Loyalitätsanspruch gegenüber Eltern und Verwandten den Mund; manche haben Angst, als rachsüchtige Denunzianten angesehen zu werden. Deshalb steht diesen Zahlen eine große Dunkelziffer gegenüber (siehe auch: „Zehnter Kinder- und Jugendbericht“, Bundesministerium für Familie, Senioren und Jugend, Bonn 1998). Wenn Kinder als Opfer oder Zuschauer innerfamiliäre Gewalt erleben, wächst die Bereitschaft, auch selbst solche Gewalt anzuwenden.

Diese Überlegungen weisen auf zwei bedeutsame Aufgaben aller Gewaltpräventionsarbeit hin: Kindern zu helfen, ihre innerfamiliären Opfererfahrungen mit erwachsenen Vertrauenspersonen zu verarbeiten, und Eltern den Weg zu einem Erziehungsverhalten ohne Gewalt zu ermöglichen.

Handlungsvorschläge

6-1) Übersichtliche Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien in der primären, sekundären und tertiären Prävention und Information potentieller Zielgruppen über Hilfen

6-2) Vertrautmachen der breiten Öffentlichkeit mit präventiven Projekten der Stadt

6-3) Implementierung der Strategie des Täter-Opfer-Ausgleichs in sozialpädagogische Projekte

6-4) Umfassende Fortbildungsangebote des Fachreferats für Jugendpolitik, Sonderaufgaben und Extremismus

6-5) Angebote für Lehrer und Kinder in den Schulen

6-6) Kooperation zwischen Polizei und Justiz, Jugendhilfe, Jugendberufshilfe, Schulen, freien Trägern, Anti-Gewalt-Arbeitsgemeinschaften und anderen Akteuren der Prävention bei möglichst weitreichender Einbeziehung der Bevölkerung

6-7) Diskrete Gesprächskreise über familieninterne Gewalt in den Arbeitsgemeinschaften der Schulen, moderiert durch speziell geschulte Fachkräfte; Elterngesprächskreise auf Schul- oder Stadtteilebene über Erziehungsprobleme

6-8) Stärkere Auseinandersetzung mit und kommunale Entscheidungen zu folgenden Themen: Intensiv- und Mehrfachtäter; Alternativen zur geschlossenen Unterbringung; zielgruppenspezifische Arbeit bei Kindern, da Kinder auf Grund ihrer Strafunmündigkeit durch die Strafverfolgungsbehörden nicht erfasst werden; Arbeit mit Opfern, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass die Kriminalität von Jugendlichen häufig gegen Kinder und Jugendliche gerichtet ist

6-9) Sicherung einer differenzierten Forschung zur Kinder- und Jugendgewalt und Kinder- und Jugendkriminalität im Anschluss an die Untersuchungen des kriminologischen Forschungsinstituts Hannover und der HTWK Leipzig

Quellen und Literatur:

Polizeidirektion Leipzig 1999

Wetzels, P./Enzmann, D./Pfeiffer, Chr./Fabian, Th.: „Leipziger Schüler in Konfrontation mit Gewalt“, Leipzig 1999

Bundesministerium für Familie, Senioren und Jugend: „Zehnter Kinder- und Jugendbericht“, Bonn 1998

Kapitel 7: Kultur (mit Verweisen auf Freizeit und Sport) / Leipzigs Freizeit- und Kulturangebote für Familien mit Kindern und für Jugendliche

Die Teilhabe von Familien mit Kindern und Jugendlichen an der Kultur ist nicht als Luxus zu betrachten. Sie hat Bedeutung für die Sozialisation aller Kinder und zugleich für das kulturelle Klima einer Stadt. Kinderfreundliche Kulturarbeit ist eine komplexe Aufgabe, die des Zusammenwirkens Vieler bedarf.

Der Kinder- und Familienbericht unterscheidet Kultur- und Freizeitangebote, die von den Familienmitgliedern gemeinsam wahrgenommen werden von solchen, in denen Erwachsene einerseits und Kinder/ Jugendliche andererseits häufiger unter sich sind. Zu ersteren gehören attraktive Veranstaltungen, die viele Menschen anlocken, z. B. Stadtteilfeste, Zoo, Sportveranstaltungen, die Jahrmärkte (Kleinmesse), Schulfeste. Zu letzteren werden Schule, Kinder- und Jugendarbeit, Freizeit- und Jugendtreffs gerechnet.

7.1 Angaben von Eltern und ihren Kindern zur Freizeitgestaltung und zu den Angeboten

(Quelle: „Zuarbeit des Lebenslagenreports“, Manuskript, Stadt Leipzig, 1999)

Jeweils die Hälfte der Paare mit Kindern und Alleinerziehenden sind zufrieden mit dem Umfang der Freizeit und der eigenen Freizeitgestaltung. Alleinerziehende haben etwas weniger Freizeit. Die meiste freie Zeit verbringen die Eltern mit ihren Kindern.

Die Hochkultur spielt im Freizeitverhalten der meisten Familien eine untergeordnete Rolle.

Die Kinder sind mit dem Umfang und der Gestaltung der Freizeit zufriedener als ihre Eltern. Eltern mit schmalen Haushaltsbudget stellen eigene kulturelle Aktivitäten hinter die ihrer Kinder zurück.

Sowohl Mütter als auch Väter widmen sich an einem Tag am Wochenende knapp dreidreiviertel Stunden ihren Kindern. An einem gewöhnlichen Wochentag ist der zeitliche Aufwand beider Elternteile niedriger; Mütter verbringen mehr Zeit mit den Kindern als die Väter.

In der Ausstattung mit Konsumgütern (Fahrrad/das besitzen fast alle, Radio: ca. 75 %, Fernsehgerät: ca. 50 %, Stereoanlage: ca. 50 %, CD-Player: ca. 50 %) gibt es zwischen Kindern und Jugendlichen einkommensschwacher und einkommensstarker Familien kaum Unterschiede. Auch viele der 10- bis 14-Jährigen verfügen über diese Geräte, aber unter ihnen sind die Anteile etwas geringer als unter den älteren Jugendlichen.

Zwischen den Geschlechtern gibt es kaum Unterschiede in der Ausstattung mit Konsumgütern.

Je nach Familienform, Familieneinkommen, Berufstätigkeit, Alter der Kinder differiert das Freizeitprofil, aber das Bemühen um eine gemeinsame und zufrieden stellende Freizeitgestaltung bei Einbeziehung kultureller Angebote ist für alle Familien charakteristisch.

Die Leipziger, von Kind an mit den vielfältigsten kulturellen Angeboten vertraut, schätzen ihre Stadt einhellig als eine Stadt mit einer großen Vielfalt an Kulturangeboten (diese Aussagen beziehen sich auf die Einrichtungen der Hochkultur). Das Angebot an Freizeitmöglichkeiten (Kinos, Freizeitzentren, Bibliotheken, Sporthallen und -plätze, Frei- und Hallenbäder) wird nur von 25 % der Leipziger als gut bezeichnet, und ca. 33 % äußern sich eher unzufrieden (1998).

Offene Treffs, Jugendclubs und ähnliche Jugendeinrichtungen werden durchaus nicht von allen oder den meisten Jugendlichen angenommen. Als Gründe für die Zurückhaltung gegenüber Freizeiteinrichtungen geben Kinder und Jugendliche häufig an, sich lieber unorganisiert mit Freunden zu treffen, und 43 % finden das Angebot uninteressant (1998).

Gleichzeitig wünschen sich die Jugendlichen aber mehr offene Freizeittreffs. Freizeiteinrichtungen sind für eine bestimmte Gruppe von Jugendlichen (einer Clique) eine Möglichkeit, sich unorganisiert zu treffen, während andere Jugendliche in anderen Cliquen außen vor bleiben.

Jedes dritte 6- bis 14-jährige Kind ist Mitglied in einem Sportverein. Favoriten unter den Sportarten sind Fußball, daneben Schwimmen, Handball und Karate. Von den Jüngsten (bis 6 Jahre) sind knapp 9 % in einem Sportverein aktiv. Sie sind hauptsächlich beim Schwimmen, in allgemeinen Sportgruppen und beim Turnen angemeldet. An fast allen Schulen gibt es Sport-Arbeitsgemeinschaften. Das Sportangebot für Kinder, Jugendliche und Familien ist breit gefächert und voll ausgelastet (1997).

Defizite in der quantitativen Ausstattung mit Sportstätten hat Leipzig kaum. Einschränkungen beziehen sich auf bauliche und sanitäre Mängel (siehe 5.8) sowie auf die disproportionale Verteilung der Sporeinrichtungen in den Stadtbezirken und Ortsteilen. Es fehlen noch Bolz- und Streetballplätze sowie Freiflächen für freizeit-sportliche Aktivitäten (siehe 4.1).

Für gut ein Drittel der 18- bis 24-Jährigen sind Freizeitzentren und Bibliotheken, für ein Viertel Kino und Schwimmhalle und für über die Hälfte Sporthallen und -plätze innerhalb von 10 Minuten zu erreichen. Beliebt sind bei Jung und Alt die Bibliotheken in Leipzig.

7.2 Kulturelle und Freizeitangebote im Stadtteil

Stadtteilbezogene Kulturarbeit hat ihre Chancen dort, wo sie einerseits zielgruppenorientiert erfolgt und andererseits integrative Angebote bereithält, um den Stadtteil als Kommunikations- und Begegnungsort zu bewahren und Ausgrenzungstendenzen gegenzusteuern.

Im Zusammenhang mit oben genannten Ambivalenzen städtischer Entwicklung ergeben sich für die Stadtteilkulturarbeit folgende Aufgaben:

a) die kulturelle Infrastruktur als nähräumliche Rahmenbedingung für Kommunikation und kulturelle Betätigung zu gestalten, unter Berücksichtigung von Bevölkerungsgruppen mit eingeschränkten sozialen Ressourcen

b) im Stadtteil vorhandene kulturelle Initiativen finanziell, organisatorisch und ideell zu unterstützen und so ein Scharnier zu installieren, das die kulturellen Aktivitäten der Mitbürger mit dem je verschiedenen Selbstverständnis über den Stadtteil zusammenschließt. Stadtteilkulturarbeit wird hier zur Schnittstelle zwischen kultureller Zielgruppenarbeit und stadtraumbezogener Kunstförderung jeglicher Couleur.

In allen Stadtteilen sind in den letzten Jahren originelle Projekte der Kulturarbeit entstanden. Die Leipziger Stadtteile unterscheiden sich hinsichtlich ihrer kulturellen Substanz und der gewachsenen Vereinslandschaft. Die kulturelle Infrastruktur der Stadt nimmt vom Zentrum in Richtung Stadtgrenze ab. Im Stadtbezirk Mitte gibt es eine große Anzahl von bedeutenden Kulturstätten. Sie ergänzen die Freizeit- und Kulturangebote der anderen Stadtteile.

Aber Familien mit Kindern sind stärker an das unmittelbare Wohnumfeld gebunden. Die kommunalen Förderungen sollten sich deshalb auch künftig auf Projekte in jenen Stadtteilen erstrecken, deren kulturelle Infrastruktur unterentwickelt ist oder durch einseitige Entwicklungen in der Sozialstruktur Anlass zur Besorgnis geben.

Kulturelle Aktionen, von den Bewohnern und Bewohnerinnen selbst initiiert, können die Verbundenheit mit dem Wohnviertel stärken und die Kommunikation untereinander anregen.

Stadtteilkulturarbeit eröffnet allen im Territorium agierenden Menschen die Chance zur aktiven Mitwirkung. Erforderlich ist dabei die Zusammenführung bisher getrennter kommunaler Handlungsfelder und die Kooperation aller Ämter und freien Träger. Auf Stadtteilebene agierende kommunale Institutionen (Jugendclubs, Leipziger Städtische Bibliotheken, Volkshochschule, Musikschule etc.) sind mit den entsprechenden Vereinen und Einrichtungen zu vernetzen, um gemeinsam kulturelle Projekte und Veranstaltungen zu entwickeln. Stadtteil-, Schul- und Kinderfeste, gemeinsam ins Leben gerufen und

gefeiert, erfreuen sich großer Resonanz, weil Viele auf eine unkomplizierte Weise mitwirken können.

Bei gutem Zusammenwirken der verschiedenen Träger und bei Einbeziehung der Eltern, Jugendlichen und Kinder in die Stadtteilkulturarbeit sollte es möglich gemacht werden, Angebote bereitzuhalten, um den Stadtteil als Begegnungsort zu bewahren und Ausgrenzungstendenzen entgegenzusteuern. Stadtteilkulturarbeit wird dadurch zur Schnittstelle zwischen kultureller Zielgruppenarbeit und stadtraumbezogener Kunstförderung in sehr verschiedenen Bereichen.

7.3 Kinder- und Jugendkulturarbeit

Kultur für Kinder und Jugendliche und mit ihnen wird in Leipzig praktisch in allen Kulturgenres und in unterschiedlichster Trägerschaft betrieben. Das Verhältnis von freien Trägern zu kommunalen Einrichtungen beträgt gegenwärtig 6:1.

Offen zugängliche Freizeittreffs, Jugendkulturzentren, soziokulturelle Zentren, Projekte von Jugendkulturen, Kinder- und Jugendwerkstätten, Jugendmedieninitiativen, Tanz-, Gesangs- und Theaterensembles, Arbeitsgemeinschaften an Schulen und vieles andere prägen die Kinder- und Jugendkulturarbeit der Stadt. Besonderer Wert wird darauf gelegt, dass Kinder und Jugendliche selbst kulturell und künstlerisch aktiv werden.

Das Hauptproblem der Kinder- und Jugendkulturarbeit liegt in der Finanzierung der Einrichtungen und Projekte, das gelöst werden muss, um das Vorhandene qualitativ zu konsolidieren.

7.4 Kommunale Förderpraxis

Als dringendste Aufgabe steht in Leipzig derzeit der Erhalt der Vielfalt und Breite der Kinder- und Jugendkultur. Neben den Einrichtungen der Hochkultur muss das Augenmerk den vielfältigen nach 1990 entstandenen Projekten und Initiativen gelten, die z. T. nicht mehr aus dem kulturellen Leben Leipzigs wegzudenken sind und auch für Familien mit Kindern eine breite Palette von Angeboten bereithalten.

Politik und Stadtverwaltung haben sich zur Kinder- und Jugendkulturarbeit bekannt. Dem wird im Rahmen der finanziellen Spielräume durch bedarfsgerechte Förderung entsprochen.

Die Stadt Leipzig gibt im Vergleich zu anderen Städten viel Geld für kulturelle und Freizeitangebote aus. Der Anteil des Kulturretats am Gesamthaushalt der Stadt betrug 1998 9,25 %. Die Förderung der freien Kultur durch das Kulturamt liegt seit 1996 stabil bei 4 Mio. DM. Das Jugendamt stellt jährlich rund 12 Mio. DM für kulturelle Einrichtungen und andere Freizeitangebote zur Verfügung. Das Schulverwaltungsamt gibt jährlich rund 890.000 DM für die Kultur an Schulen aus.

Problematisch bleibt dennoch die oft nicht gesicherte Kontinuität in der Förderung angesichts der ABM-Regelungen, der manchmal ausbleibenden Landesmittel und der städtischen Haushaltssituation.

7.5 Kulturraumnetzanalyse

In Leipzig existiert von der Hochkultur bis zur freien Szene ein vielfältiges kulturelles Angebot. Die Angebote sind jedoch ungleichmäßig über die Stadt verteilt.

Die Kulturraumnetzanalyse, die anlässlich des Kinder- und Familienberichts vorgenommen wurde, zeigt, dass in einzelnen Stadtbezirken Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit oft die einzigen kulturellen Angebote vor Ort sind.

Das historisch gewachsene Verständnis des Wohnviertels hat Einfluss auf die Akzeptanz kultureller Angebote. In nahezu allen Stadtteilen gibt es Möglichkeiten für ein kulturelles Leben, das das Stadtteiltraditionelle mit modernen Trends verbindet. Die Angebotsdefizite sind in den Stadtteilen gut bekannt. Durch eine gezielte Förderung bei Nutzung vorhandener Initiativen können sie abgebaut werden. Erfolgreiche Kultureinrichtungen, die von Familien gern besucht werden, verdienen Unterstützung und Beratung, um einer Existenzgefährdung entgegenzuwirken. Je besser die verschiedenen Träger und Betreiber zusammenarbeiten, umso eher gelingt eine kinder- und familienfreundliche Stadtteilkultur.

Die offenen Freizeittreffs und Jugendkulturzentren spielen bei der Angebotspalette in den Stadtbezirken eine unverzichtbare Rolle. Wichtig ist, dass überhaupt ein kulturelles Angebot für Kinder und Familien besteht, ein Angebot, das auch als solches wahr- und angenommen wird.

Handlungsvorschläge

7-1) Bewahrung und Entwicklung kultureller Infrastrukturen bei Sicherung eines

bezahlbaren Kultur- und Freizeitangebots auf Stadtteilebene auch für einkommensschwache Familien

7-2) Absicherung und Fortentwicklung bewährter Projekte stadtraumbezogener Kunstförderung in den verschiedensten künstlerischen Genres

7-3) Förderung und zügige Fertigstellung von kulturellen Projekten in unterversorgten Stadtbezirken und Stadtteilen (insbesondere Nord, Nordwest, West, Ost; teilweise gilt das auch für Alt-West und Nordost)

7-4) Einbeziehung möglichst vieler Kinder und Jugendlicher in aktive kulturelle Tätigkeit durch bedürfnis- und zielgruppenorientierte, breit gefächerte und lebensortnahe Angebote

7-5) Unterstützung der Bürgervereine und anderer Eigeninitiativen und Vernetzung der kommunalen Institutionen, die auf Stadtteilebene arbeiten, mit den Vereinen, Sportvereinen und Einrichtungen im Stadtteil; gemeinsame Projekte, Veranstaltungen und Angebote als Formen der Kooperation

7-6) Schaffung und Festigung von Stadteilläden als Beitrag zur Stärkung der Stadtteilqualität

7-7) Kulturelle Angebote für benachteiligte Gruppen (Ausländer, Aussiedler, Kinder und Jugendliche mit psychosozialen Problemen)

7-8) Auseinandersetzung mit der Dominanz gewaltbereiter, rechtsorientierter Jugendlichen in einigen Jugendkultureinrichtungen und in Zusammenarbeit von präventiv tätigen Einrichtungen; Entwicklung von Strategien, um gefährdete Jugendliche so anzusprechen und einzubeziehen, dass sie dem rechtsextremen Sog entkommen

7-9) Unterstützung der Schulen bei kulturellen Aktivitäten und bei der Öffnung für kulturelle Freizeitveranstaltungen am Nachmittag und Abend

7-10) Einrichtung eines (gebührenfreien) telefonischen Informationsdienstes über aktuelle Kultur- und Freizeitangebote für Familien, Kinder und Jugendliche (Info-Hot-Line)

7-11) Erkundung der Bedarfsentwicklung in den Stadtteilen (Annahme der Angebote, Interessen verschiedener Zielgruppen, insbesondere von Kindern, Jugendlichen und Familien)

7-12) Besondere Förderung der Sportvereine, die ganzheitlich auf Kinder und Jugendliche zugehen

Quellen und Literatur:

Huinink, J./Schröder, T.: „Zur Situation der Familien in Leipzig“, Universität Leipzig/Universität Rostock, 1999

Stadt Leipzig: „Zuarbeit des Lebenslagenreports“, Manuskript, Stadt Leipzig, 1999

Stadt Leipzig: Kommunale Bürgerumfragen 1996 bis 1998

Projektgruppe Kultur des Kinder- und Familienbeirats/Pfeuffer S.: „Kulturraumnetzanalyse 1998/99“ (Manuskript)

Kapitel 8: Unterstützung und Förderung - Jugendhilfe und Schule / Angebote und städtische Vergünstigungen für Familien

Die Familie leistet den entscheidenden Teil der Erziehung der Kinder. Sie wird von Kindertagesstätten, Schule und Hort, Freizeiteinrichtungen aller Art unterstützt. Je besser diese Leistungen sind, desto besser können sich die Kinder entwickeln. Alle Kinder sollen in einem materiell gesicherten Rahmen aufwachsen. Die Kommune steht ständig vor der Frage, welche Möglichkeiten die Stadt zusammen mit Trägern der freien Jugendhilfe und anderen Partnern dafür hat.

8.1 Außerfamiliäre Betreuung

Das Recht auf einen Kindergartenplatz, seit 1999 bundesweit Gesetz, ist in Leipzig realisiert. Jedem Kind, dessen Eltern dies wünschen, steht nicht nur ein Kindertagesstättenplatz, sondern auch ein Hortplatz zur Verfügung. Im Jahre 2000 werden 50 % der Kitas in kommunaler und 50 % in freier Trägerschaft sein.

Die Öffnungszeiten der Kitas lassen eine maximale Betreuung der Kinder von bis zu 12 Stunden zwischen 6 Uhr morgens und 18 Uhr abends zu. Über die gesetzliche Pflicht hinaus steht Leipziger Eltern, die dies wünschen, auch ein Krippenplatz für Kinder von 0;6 bis 2;9 Jahren zur Verfügung. Die Kinder werden nach Alter, teilweise auch altersgemischt gruppiert.

Die Förderung von Kindern mit Behinderungen stellt einen Schwerpunkt der außerfamiliären Betreuung dar. Dafür gibt es Sondereinrichtungen oder integrierende Einrichtungen (zusammen mit nicht behinderten Kindern). Derzeit werden in 34 Kindertagesstätten Integrationsgruppen geführt. Beide Betreuungsarten haben ihre Berechtigung und werden von Eltern und ihren Kindern, abhängig von Art und Schwere der Behinderung und dem Alter, nachgefragt. Zunehmend differenzieren die Kitas ihr Profil. Die Übergabe in freie Trägerschaft hat eine bunte pädagogische Kita-Landschaft entstehen lassen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

An Förderschulen für lernbehinderte Kinder gibt es 5 Angebote zur Ganztagesbetreuung. Ein Defizit besteht in der Früherkennung und Frühförderung von Kindern mit Entwicklungsstörungen und Behinderungen (siehe Kapitel 5: Gesundheit).

Jüngere Schulkinder haben grundsätzlich die Möglichkeit, während der unterrichtsfreien Zeit ganztägig den Hort als Freizeiteinrichtung zu nutzen. Die Horte bieten in den Ferien auch ganztägige Ausflüge und mehrtägige Ferienfahrten an. Die umfangreichen Möglichkeiten, die breit genutzt werden, erleichtern Eltern und insbesondere Alleinerziehenden

die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Horte gibt es nach Schulgesetz nur an Grundschulen. Es fehlen noch Angebote für die 10- bis 14-Jährigen. Bestehende Angebote (Arbeitsgemeinschaften, Freizeiteinrichtungen) fangen dies etwas auf. 80 % der Gymnasien und Mittelschulen bieten in Form von Schulclubs, Schülercafés, Fitnessräumen, Töpferwerkstätten, Schülertheatern, Schülerdruckereien und -zeitungen, Umweltprojekten u. Ä. interessante Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche an Nachmittagen an (siehe Kapitel 6).

Nach Huinink/Schröder besuchten über zwei Drittel der Kinder von Paaren nachmittags den Hort, aber von den Kindern Alleinerziehender weniger als die Hälfte. In Bezug auf die Erwerbsbeteiligung der Mütter deutete sich an, dass der Hortbesuch von Kindern arbeitsloser Mütter geringer ist. Nach diesem Befund sollte der Vermutung nachgegangen werden, dass die geringere Inanspruchnahme von Kindern Alleinerziehender auf die zu hohen Kosten für den Kita- oder Hortplatz zurückzuführen sind.

Der Leipzig-Pass berechtigt zur Inanspruchnahme von städtischen Einrichtungen mit geringeren Eintrittsgeldern. Er stellt eine wichtige Zugangsvoraussetzung für einkommensschwache Familien mit Kindern zu den Freizeit- und Bildungsangeboten der Stadt dar. Der Antrag muss auf dem Sozialamt gestellt werden und erfordert die Offenlegung der Einkommensverhältnisse. Die Bindung an das Sozialamt stellt (KSPW 1995 und nach der Einschätzung der Projektgruppenmitglieder) eine Hemmschwelle für potentielle Antragsteller dar. Viele Familien nehmen diese Möglichkeit gar nicht erst wahr. Deshalb sollte nach geeigneten Modalitäten des Antragsverfahrens gesucht werden.

8.2 Schulische Bildung

In Leipzig gibt es im Schuljahr 1999/2000 179 allgemeinbildende und Förderschulen mit rund 51.500 Schülerinnen und Schülern. Hinzu kommen 18 Schulen in freier Trägerschaft (allgemeinbildende, berufliche und Förderschulen) und 12 Berufsschulzentren mit 20.717 Schülerinnen und Schülern bzw. Lehrlingen. Aufgrund der stark zurückgegangenen Geburtenzahlen hat die Stadt einen neuen Schulnetzplan beschlossen, der bis zum Jahr 2005 realisiert wird.

Leipzig unternimmt große Anstrengungen zur Förderung bildungs-benachteiligter Kinder und Jugendlicher und zur Stärkung der Mitwirkung von Eltern und Schülerinnen und Schülern.

Zuständigkeiten für das Schulwesen: Für die regulären Schulen ist die Landesregierung

(Sächsisches Ministerium für Kultus = SMK) zuständig. Dort wird u. a. festgelegt, welche Fächer unterrichtet werden, wie viele Wochenstunden jedes Fach im Stundenplan bekommt, wie viele Wochenstunden die Lehrer und Lehrerinnen zu unterrichten haben, die Schülerzahl pro Klasse (Obergrenze: 32; Untergrenze: 16) und welche Anforderungen in den Prüfungen bestehen.

Jede Schule hat einen „Schulträger“, der das Gebäude, die Einrichtung und die Lehr- und Lernmittel bereitstellt, Schulsekretärin und Hausmeister bezahlt, an Grundschulen die Horte einrichtet und dafür auch Horterzieherinnen einstellt, die Schulwegsicherheit gewährleistet und vieles andere. Für diese Schulträgeraufgaben der staatlichen Regelschulen ist die Stadt Leipzig verantwortlich.

a) Schulen in Leipzig im Schuljahr 1999/2000

Abb. 7

Schulart	Schuljahr	Schüler	Klassen	Schüler pro Klasse
80 Grundschulen	1 bis 4	14.029	653	21,5
53 Mittelschulen	5 bis 10	16.636	679	24,5
28 Gymnasien	5 bis 10	12.317	492	25,0
28 Gymnasien	11 und 12	4.379		
1 Schule als Schulversuch	1 bis 10	414	20	
1 Abendgymnasium	10 bis 12	165		
12 Berufliche Schulzentren		20.717	872	
Förderschulen (FöS) für:				
6 FöS für Lernbehinderte	1 bis 9	1.530	112	13,7
1 FöS für Sehschwache	1 bis 10	92	17	
2 FöS für Körperbehinderte	1 bis 10	359		
1 FöS für Erziehungshilfe	1 bis 9	151	18	
1 FöS für Erziehungshilfe	1 bis 7	44	6	
1 FöS als Sprachheilschule	1 bis 9	297	26	
5 FöS für geistig Behinderte		304	41	
<i>in Trägerschaft des Freistaates ¹⁾:</i>				
1 Sportgymnasium	5 bis 12	670		
1 FöS für Hörgeschädigte ²⁾	1 bis 10	214	35	
<i>Schulen in freier Trägerschaft ¹⁾:</i>				
Ev. Schulzentrum/Grundschulteil ²⁾	1 bis 4	136	6	
Ev. Schulzentrum/Mittelschule u. Gymnasium ²⁾	5-10/12	701	20	
Montessorischule/Grundschulteil ²⁾	1 bis 4	99	6	
Montessorischule/Mittel- und Oberstufe ²⁾	z.Z. 5 und 6	55	3	
Freie Waldorfschule	1 bis 13	336	13	
Freie Schule Leipzig ²⁾	z.Z. 1 bis 7	102	7	
Leipzig International School	z.Z. 1 bis 10	70		
Freie Grundschule (Profil: Musik)	z.Z. 1 bis 3	65	3	
Kreativitätsschule ²⁾	z.Z. 1 bis 3	62	3	
2 FöS für geistig Behinderte		117		
Berufl. Schule (Berufsbildungswerk = BBW) für Hör- und Sprachgeschädigte		429		
Fachschule für Sozialwesen (BBW), auch für Kommunikationsbehinderte		100		
¹⁾ : Die Schulen in nichtstädtischer Trägerschaft werden vom Schulverwaltungsamt gebeten, ihre Schüler- und Klassenzahlen mitzuteilen. Im Gegensatz zu den staatlichen Schulen sind sie dazu aber nicht verpflichtet. ²⁾ : Diese Angaben stammen aus dem Schuljahr 1998/99				

b) Schulnetzveränderungen: Die notwendige Aufhebung von Schulen wegen der dramatisch rückläufigen Geburtenzahlen und der Abwanderung vieler Eltern aus Leipzig

In Leipzig nimmt die Zahl der Geburten seit 1990 erheblich ab und steigt erst seit 1996 wieder langsam an (siehe Kapitel 1: Demographie).

Abb. 8

Jahr	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Geburten	5.961	5.212	3.411	2.822	2.546	2.531	2.377	2.657	2.771	3.071

Auf diese Entwicklung musste die Stadt als Schulträger reagieren. Am 25.10.1995 beschloss der Stadtrat, den Schulnetzplan der Stadt bis zum Jahr 2005 fortzuschreiben, d. h. die Anzahl der Schulen an die kleiner werdende Zahl der Schulkinder anzupassen.

Abb. 9

Reduzierung der Schulstandorte bis 2005		
Anzahl der Schulstandorte* 1995/1996	Anzahl der Schulstandorte* 2005/2006	erforderliche Aufhebungen* (mindestens)
Grundschulen 80	46 bis 53	28
Mittelschulen 49	25 bis 31	15
Gymnasien 28	19 oder 20	8
*) In diese Zahlen sind die Schulen der 1999/2000 eingemeindeten Ortsteile nicht einbezogen.		

Die Planung der Schulaufhebungen dieses großen Ausmaßes sollte nicht nur als Verwaltungshandeln zustande kommen. Sie kann im Interesse des Allgemeinwohls nur gelingen, wenn die Notwendigkeit der Umgestaltung eingesehen wird und die konkreten Entscheidungen mitgetragen und mehrheitlich akzeptiert werden, *bevor* der Stadtrat die letzte Entscheidung trifft.

Um in diesem Sinne eine möglichst breite Beteiligung zu gewährleisten, wurde eine Planungsgruppe gebildet, an der Vertreter der Ämter der Stadt und der Schulaufsicht, des Stadtrates, des Stadelternrates und des Stadtschülerrates beteiligt waren.

Wichtig ist, dass Schulen, die aufgehoben werden, während ihrer mehrjährigen Auslaufzeit keinen Qualitätsverlust erleiden. Diese Forderung betrifft sowohl die materielle als auch die Versorgung dieser Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern.

c) Die schulpädagogische Alternative: Schulen in freier Trägerschaft

Der sächsische Landtag hat am 4.2.1992 ein „Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft“ beschlossen. Solche Schulen „wirken neben den öffentlichen Schulen und an ihrer Stelle bei der Erfüllung der allgemein-bildenden öffentlichen Bildungsaufgaben eigenverantwortlich mit. Sie bereichern und ergänzen das Schulwesen des Freistaates Sachsen“ (§ 1).

Nach § 2 dieses Gesetzes unterstehen auch diese Schulen der Aufsicht des Staates, aber es „obliegt den Trägern dieser Schulen die Schulgestaltung, insbesondere die Entscheidung über eine besondere pädagogische, religiöse oder weltanschauliche Prägung, die Festlegung der Lehr- und Unterrichtsmethoden und der Lehrinhalte und die Organisation des Unterrichts auch abweichend von den Vorschriften für die öffentlichen Schulen.“

Freie Schulen erweitern die Schulvielfalt; darüber hinaus können sie - ebenso wie Schulversuche - die pädagogische Weiterentwicklung anderer Schulen fördern. Solche pädagogischen Schwerpunkte, die sich bewähren und die Eltern und Lehrer überzeugen, stellen für die Regelschulen ein Anregungspotential für deren eigene pädagogische Weiterentwicklung dar.

d) Beiträge der Stadt zur Schulentwicklung

In die pädagogische Entwicklung der staatlichen Schulen kann die Stadt als Schulträger nicht unmittelbar hineinwirken, weil dafür das Kultusministerium und das Regional-schulamt zuständig sind. Sie kann indes solche Prozesse - was sie in den vergangenen Jahren kontinuierlich getan hat - unterstützend begleiten, indem sie über die Schulträger-Pflichtaufgaben deutlich hinausgehende Leistungen (z. B. die Förderung außerunterrichtlicher Angebote, Projekte und Schulclubs, die Finanzierung der Arbeitsgemeinschaften) in die Schulentwicklung einbringt.

Darüber hinaus unterstützt die Stadt Schulen bei Projekten zur Öffnung von Schule und stößt Unterrichtsprojekte an (z. B. sorgt die Stadt innerhalb des Rahmens, den das Programm der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bietet, dafür, dass Schulbibliothekare und Sporthallenwarte die außerunterrichtlichen und die schulischen Möglichkeiten erweitern und dass Schulweghelfer schwierige Schulwege sicherer machen; zu erwähnen sind weiterhin die Rahmenrichtlinie zur Öffnung von Schulhöfen und das jährlich neu aufgelegte Programm „Grün macht Schule“).

Hinsichtlich der familienunterstützenden Aufgabe der Schule ist die Kooperation der Schulen mit Einrichtungen der Jugendhilfe und mit Sportvereinen zwar in einigen Bereichen wie Schulsozialarbeit und Jugendclubs schon weit gediehen. Aber ihre weitere Festigung ist notwendig und wird vorangetrieben.

Ebenso notwendig ist eine enge Zusammenarbeit von Grundschule und Hort insbesondere in pädagogischen Fragen. Hier hat die Stadt Leipzig insofern günstige Voraussetzungen geschaffen, als beide Einrichtungen demselben Dezernat und demselben Amt zugeordnet sind.

Ein weiteres wichtiges Projekt (Standort: 66. Schule/Grundschule) dient dem frühzeitigen Erkennen von Verhaltensstörungen und der Erprobung von Hilfsmöglichkeiten (hier arbeiten die Universität Leipzig, das Regionalschulamt, das SMK und seitens der Stadt das Jugendamt und das Schulverwaltungsamt eng zusammen).

Das Lernen am und mit dem Computer sollte selbstverständlicher Bestandteil des Lernens in allen Jahrgangsstufen und in verschiedenen Unterrichtsfächern sein. Um in diesem Bereich die Lernmöglichkeiten zu verbessern, arbeitet die Stadt energisch an der verbesserten und modernisierten Ausstattung, und die Schulaufsicht bemüht sich, die Medienkompetenz der Lehrerinnen und Lehrer zu erhöhen.

Neue Lernformen: Schülerorientierte Lernformen sind zunehmend im Blick. Wenn die Unterrichtspraxis in erster Linie von den Zielvorstellungen des Lehrers/der Lehrerin und dem Lehrplan abhängt, dann können die Schülerinnen und Schüler zu wenig mitbestimmen, was und in welchem Tempo und in welcher Intensität gelernt werden soll. Auch hier ist die Schulaufsicht gefordert. Die Stadt bietet außerschulische Lernorte (Schulbiologiezentrum, Schulmuseum/Werkstatt für Schulgeschichte, Angebote im Stadtgeschichtlichen Museum, Medienstelle usw.) an.

Schüleraustausch durch Schulpartnerschaften und schulunabhängiger Ferienaufenthalt in ausländischen Familien: Parallel zu den Austauschprogrammen einiger Schulen wird der internationale Schüleraustausch von der Stadt Leipzig finanziell gefördert; es sollten neue Partnerschaften geknüpft werden, um regelmäßigen Schüleraustausch zu ermöglichen.

e) Informationsangebote für Eltern über die Leipziger Schulen

1) Elternakademien: Viele Eltern fühlen sich bei der freien Schulwahl überfordert. Sie könnten z. B. durch entsprechende Angebote der Volkshochschule eingeladen werden, um sich besser zu informieren.

2) Ergänzung des Schulkataloges „Schulen in Leipzig“: Die Stadt Leipzig sollte in Zusammenarbeit mit dem Regionalschulamt den Schulkatalog des Schulverwaltungsamtes „Schulen in Leipzig“ durch Hinweise auf besondere pädagogische Schwerpunkte der Schulen ergänzen.

f) Schulsozialarbeit

Die Stadt Leipzig finanziert gemeinsam mit dem Landesjugendamt Projekte der Schulsozialarbeit. Sie werden von freien Trägern der Jugendarbeit getragen, deren Konzepte durch den Jugendhilfeausschuss geprüft und genehmigt worden sind.

Zur Zeit gibt es Schulsozialarbeit an einer Grundschule, zwei Förderschulen, acht Mittelschulen und an einer Schule in freier Trägerschaft.

Inhaltliche Schwerpunkte: Schulsozialarbeit ist eine Antwort auf soziale und psychische Probleme, mit denen viele Schülerinnen und Schüler in die Schule kommen. Schulsozialarbeit wird als regelmäßige und auf Dauer angelegte sozialpädagogische Arbeit an der Schule (insbesondere an Grund-, Förder- und Mittelschulen) geleistet. Sie bemüht sich, auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen einzugehen und sie in ihrer Entwicklung zu unterstützen und zu fördern. So sollen Benachteiligungen vermieden oder überwunden werden. Die z. Z. gegebenen Finanzvoraussetzungen der Länder wie der Städte lassen es nicht zu, an allen Schulen Sozialarbeit einzurichten. Deshalb kann es jetzt nur darum gehen, Schulen zu ermitteln, in denen es besonders viele Schüler und Schülerinnen mit einem großen Unterstützungsbedarf gibt.

g) Mitwirkungsmöglichkeiten von Eltern, Schülerinnen und Schülern

Zur Schüler- und Schülerinnenmitwirkung: Die Schülermitwirkung soll laut Schulgesetz dazu dienen, dass die Schüler/-innen ihre Interessen wahrnehmen, bei der Lösung von Konflikten mithelfen und gemeinsame Veranstaltungen realisieren. Sie hat das festgeschriebene Recht auf Information durch die Schule, ein Anhörungs- und Vorschlagsrecht, das Vermittlungsrecht für Konflikte mit Lehrern und Mitschülern und das Beschwerderecht bei Lehrern, Schulleitern und in der Schulkonferenz. Einen Schülerrat gibt es an jeder Leipziger Schule.

Dass die gegenwärtig an vielen Schulen praktizierte Form der Schüler- und Schülerinnen-Vertretung stärkungsbedürftig ist, belegen Einschätzungen von Klassen- und Schulsprechern zu ihren Erfahrungen, die sie in Beratungen einer Arbeitsgruppe „Schülermitwirkung“ einbrachten. Hier bleiben offensichtlich Möglichkeiten ungenutzt.

Die folgenden Handlungsempfehlungen verlangen eine enge, einvernehmliche Kooperation mit der Schulaufsicht:

1) Das Schulverwaltungsamt, der Runde Tisch der Jugend und die Schulaufsicht entwerfen eine Verfahrensweise, mit deren Hilfe die gegenwärtige Praxis der Schüler- und Schülerinnen-Mitwirkung an Leipziger Schulen beschrieben werden kann.

2) Das Schulverwaltungsamt setzt seine bisherigen Bemühungen fort, die Arbeit des Stadtschülerrats und der Schülerräte der Schulen zu unterstützen.

3) Schüler und Schülerinnen - als Mitglieder des Schülerrats oder als dessen nicht gewählte Mitarbeiter - werden befähigt, Verfahren der Mediation (Vermittlung) zur Bewältigung von Konflikten zwischen Schülerinnen und Schülern selbst anzuwenden. Sie bieten ihren Mitschülerinnen und Mitschülern Schiedsgruppen für Konfliktbewältigung an. Mit dem Aufbau solcher Schüler/-innen-Schiedsgruppen könnte ein Weg beschritten werden, die Bestimmungen der Paragraphen 51 bis 55 (Schulgesetz) mit Leben zu erfüllen.

Zur Elternmitwirkung: Das Schulgesetz sieht Mitwirkungsrechte der Eltern in der Klassenelternvertretung, im Elternrat der Schule und in der Schulkonferenz vor. Dass eine wirksame und die Schule mitsteuernde Elternmitwirkung für die Qualität jeder Schule von großer Bedeutung ist, ergibt sich schon aus den Themen, zu denen Eltern Kritik äußern und die auch in die Beratungen der zuständigen Projektgruppe des Kinder- und Familienbeirates eingebracht wurden: Unterrichtsinhalte; Ganztagsbetreuung/ Freizeitangebote/Hort; Klassengröße; Bildungsentscheidungen /Probleme mit Prüfungen und Abschlüssen; Leistungsbeurteilung; Lehrkompetenz einiger Lehrer; Angst der Schülerinnen und Schüler vor Gewalt von Mitschülerinnen und Mitschülern/Lehrerverhalten bei Konflikten; Schulausstattung (Schulnetzplanung, Sicherheit der Schulwege); Verminderung der Schulqualität durch die Teilzeitregelungen für Lehrer; Förderung bei Verständnisproblemen und Hausaufgabenhilfe. Eltern sollten stärker über ihr Mitspracherecht informiert werden.

j) Die öffentliche Schulentwicklungsdiskussion in Leipzig

Nach dem Urteil vieler an Fragen der schulischen Bildung Interessierter ist eine umfassende öffentliche Debatte über die weitere Entwicklung des Schulwesens auf kommunaler Ebene notwendig.

Dafür sind - neben bewährten herkömmlichen - auch neue Formen notwendig. Zum Beispiel können Bildungsbeiräte und Bürgerforen auf Stadtteilebene initiiert werden, um der Mitwirkung insbesondere der Eltern und Schüler/-innen eine weitere Chance zu eröffnen.

Zu Fragen, die nur auf der Ebene der kooperierenden Bundesländer bzw. der Bundesregierung entschieden werden, dürfen die Bürgerinnen und Bürger Leipzigs nicht schweigen. Um beispielsweise kleinere Klassen und vieles andere pädagogisch dringend Notwendige zu ermöglichen, benötigen der Freistaat Sachsen und die Stadt mehr Geld, und darüber wird nicht von pädagogischen Fachleuten und Eltern, sondern von Politikern entschieden. *Im öffentlichen Schulgespräch verstehen Bürgerinnen und Bürger sich nicht nur als pädagogisch, sondern - wie in der Wende und in den Folgemonaten - als politisch Handelnde, die im Interesse unserer Kinder landes- und bundesweit nach Verbündeten suchen.*

8.3 Jugendberufshilfe

Die Jugendberufshilfe hat sich in den letzten 20 Jahren zu einer festen Instanz neben dem dualen Ausbildungssystem etabliert. Ursprünglich gedacht für die (einst kleine) Gruppe der schulisch, familial oder ökonomisch benachteiligten Jugendlichen, die ohne zusätzliche Unterstützung nicht zum Berufsleben finden, ist sie inzwischen für sehr viele Jugendliche von Bedeutung. Das bezieht sich vor allem auf Ausbildung und Arbeit. Mittlerweile hat sich ein System von Leistungen etabliert, das aufgefächert ist und auch speziellen Zielgruppen gilt (z. B. Jugendlichen aus Aussiedlerfamilien).

Mit besonderer Aufmerksamkeit bemüht sich die Jugendberufshilfe um marktbenachteiligte Jugendliche. Das sind arbeitssuchende Jugendliche, die über einen ausreichenden Schulabschluss oder eine abgeschlossene Lehre verfügen, aber keinen Arbeitsplatz finden. Daneben etabliert sich eine Gruppe von Jugendlichen, die eigentlich nicht lebenslang arbeiten will, sondern lediglich Jobs sucht.

Insgesamt sind in Bezug auf Arbeitsplätze für Jugendliche große Anstrengungen erforderlich. Die Jugendberufshilfe kann allerdings, wenn es um die dauerhafte Integration Jugendlicher in den ersten Arbeitsmarkt geht, nicht alleinige Akteurin sein. Vor allem ist das Mitwirken der Wirtschaft erforderlich.

Die finanziellen Grundlagen für effektive Maßnahmen können nicht mehr nur allein aus der örtlichen Arbeitsförderung gespeist werden. Grundlage allen Handelns in diesem Bereich sind Mischfinanzierungen, die es ermöglichen, innovativ zu handeln.

8.4 Hilfen zur Erziehung

Der Allgemeine Sozialdienst des Jugendamtes sowie ambulante und stationäre Hilfeformen einschließlich Formen der sozialpädagogischen Familienhilfe (ausschließlich in freier Trägerschaft) sind in Leipzig bevorzugt dezentral angesiedelt. Das Beratungsangebot ist reich, aber für Ratsuchende oft unübersichtlich und dadurch nicht effektiv genug. Das „Branchenbuch für Kinder, Jugendliche und Eltern“ (Leipzig 1999) wird hier Hilfen bieten, die auch zu erwarten sind von einer - noch zu etablierenden - Koordinierungsstelle, bei der sich die verschiedensten Vereine und Initiativen vernetzen und sich gegenseitig unterstützen können.

Im Sinne familienunterstützender Erwachsenenbildung entstanden nach 1989 in Leipzig verschiedene Initiativen, die sich mit Erziehungskonzepten und deren Institutionalisierung

befassen. Direkte oder indirekte Hilfen zur Erziehung leisten verschiedene Akteure, so die Selbsthilfe Kontakt- und Informationsstelle Leipzig (SKIS), die Volkshochschule Leipzig, der Deutsche Familienverband, der Verein Mütterzentrum, die Praxisge-meinschaft „Werden und Wachsen“.

Direkte oder indirekte Hilfen zur Erziehung leisten verschiedene Einrichtungen. Bewährt hat sich eine enge Zusammenarbeit von Schulen und dem Allgemeinen Sozialdienst. Gerade in den Schulen werden schnell Probleme in Familien offenbar, die, von Lehrern erkannt, schon frühzeitig mit dem Allgemeinen Sozialdienst oder von ihm empfohlenen Partnern angegangen werden können. Je früher geholfen wird, umso größer ist die Erfolgchance (zur Früherkennung siehe Kapitel 5: Gesundheit).

8.5 Kommunale Vergünstigungen

Zu den Bundes- und Landesregelungen (wie Steuervergünstigungen, Kindergeld, Erziehungsgeld) kommen finanzielle Leistungen der Stadt für Familien. Dabei handelt es sich vor allem um Ermäßigungen für Kinder: Ermäßigung der Elternbeiträge für Kitas und Freiplatzgewährungen, Ferienfreizeiten für einkommensschwache Familien, Ferien- und Freizeitzuschüsse, Essgelderermäßigung in Schulen und Kindertagesstätten, Leipzig-Pass und anderes. Die Stadt gab 1999 für soziale Stützung und Vergünstigungen ca. 110 Mio. DM aus.

Die Ermäßigungen werden rege in Anspruch genommen. Beispielsweise erhalten 40 % der Alleinerziehenden, 32 % der nichtehelichen Lebensgemeinschaften und 19 % der Ehen Ermäßigungen oder Freiplätze in den Kitas (1998).

Die genannten Vergünstigungen werden ergänzt durch Wohngeldförderungen, Förderung von Baumaßnahmen und weitere Leistungen, die hier nicht aufgeführt sind.

Allein die Ausgaben für die Jugendhilfe in Leipzig sind erheblich: 209 Mio. DM, davon 61 Mio. DM für Einzel- und Gruppenhilfen und 138 Mio. DM für Einrichtungen (1998).

Handlungsvorschläge

8-1) (wissenschaftliche) Erfassung der Schulzufriedenheit (Befragung von Schülern und Eltern), um in Kooperation mit der Universität und den staatlichen Schulbehörden eine Grundlage für ein Schulentwicklungskonzept zu schaffen, das an den Bedürfnissen der Kinder und Familien orientiert ist

8-2) Verbesserung der Informationsmöglichkeiten für Familien über Leipziger Bildungsangebote über den Katalog „Schulen in Leipzig“ des Schulverwaltungsamtes der Stadt hinaus

8-3) gemeinsame Beratung von Schulverwaltungsamt, dem Runden Tisch der Jugend und dem Fachausschuss Jugend, Schule und Sport über Schülervertretungsarbeit und die Mitwirkung von Schülern und deren Eltern

8-4) bessere Information von Eltern, Schülerinnen und Schülern über demokratische Gremien an den Schulen

8-5) systematisches und qualifiziertes Training von Schülerinnen und Schülern zur Beherrschung des Instruments Gremienarbeit an den Schulen

8-6) Ausbau und Sicherung der Früherkennung von Verhaltensstörungen im Vor- und Grundschulalter und einer raschen Intervention durch ein multidisziplinäres Team (Kooperation von Jugendamt, Regionalschulamt, Schulverwaltungsamt und dem Institut für Förderpädagogik der Universität Leipzig)

8-7) Schaffung von Bedingungen, die einem häufigen Wechsel der Erzieherinnen in Kitas entgegenwirken

8-8) Schaffung einer Kontaktstelle im Jugendamt, die Betreuungspersonen und -möglichkeiten vermittelt und Kitas zur Verfügung steht, aber auch über die Bürgerämter zugänglich wäre

8-9) Berücksichtigung des steigenden Wunsches nach Integrationseinrichtungen auch für Kinder mit einem hohen Behinderungsgrad bei der Planung

8-10) Stärkung der Freizeitangebote für 10- bis 14-Jährige (evtl. gemeinsam mit freien Trägern)

8-11) Sicherung einer beruflichen Entwicklung auch für benachteiligte und problematische Kinder und Jugendliche

8-12) Prüfung und Übernahme von bundesweit erfolgreichen Modellprojekten der Jugendberufshilfe, Schaffung von Beispielen von integrativer Jugendarbeit in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und Vergrößerung der Zahl von Jugendhilfebetrieben

8-13) Transparenz und leichte Zugänglichkeit der Hilfeangebote und der Beratungsstellen

8-14) Erhaltung des bisherigen Standards der Kommune in der Schulspeisung, der Verpflegung in den Kindertagesstätten und der Gesundheitsprävention (s. Kapitel 5: Gesundheit)

8-15) Stützung von preisgünstigen Urlaubsangeboten für Familien und Alleinerziehende mit mehreren Kindern und Modifizierung der Zugangsvoraussetzungen für den Leipzig-Pass

8-16) Prüfung der Frage, ob weitere Ermäßigungen im ÖPNV die Mobilität von Kindern erhöhen

8-17) Unterstützung von Familien bei Antragsverfahren durch eine ämterübergreifende Zusammenarbeit von Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt, um für Paare mit Kindern bzw. für Alleinerziehende die Anzahl belastender Behördengänge mit Kindern zu reduzieren

8-18) Beseitigung von Lücken in der analytischen Materialbasis durch statistische Erhebungen und wissenschaftliche Untersuchungen, insbesondere zu den Themen (1) Familie und Erwerbsarbeit, (2) kinderreiche Familien, (3) Alleinerziehende und deren Kinder

Literatur und Quellen:

Huinink, J./Schröder, T.: „Zur Situation der Familie in Leipzig“, Universität Leipzig/Universität Rostock, 1999

Kommission für den politischen und sozialen Wandel: „Wirkung sozialer Ungleichheit und Verarbeitungsformen sozialer Risiken bei Alleinerziehenden“, KSPW, Halle 1995

Kapitel 9: Resümee / Leipzig als kinder- und familienfreundliche Stadt

Familie hat ein raumzeitliches Zuhause, und dieses Zuhause ist die Kommune. Kinder gehören zur Kommune. Sie bedeuten Lebendigkeit und Zukunft. Was eine Kommune auch immer tut, es hat Bedeutung für die Kinder, und was Kinder auch immer tun, es hat Bedeutung für die Kommune. Leipzig hat hervorragende Voraussetzungen für eine kinder- und familienfreundliche Stadt. Vieles wurde schon erreicht, Weiteres bleibt zu tun.

9.1 Positiva

In Leipzig ist die Säuglings- und Kindersterblichkeit außerordentlich niedrig. Die gesundheitliche Betreuung ist auf hohem Niveau gesichert. Das Netz an Unterstützungs- und Förderungsleistungen ist dicht und kann Problemfälle auffangen. Es besteht ein differenziertes Beratungsangebot. Das Recht auf einen Kitaplatz ist in einer bunten pädagogischen Landschaft realisiert.

Ebenso stehen genügend Hortplätze zur Verfügung. Die Schulbildung ist selbstverständlich garantiert; die Schulwahlmöglichkeiten sind sehr differenziert und die allermeisten Schulen befinden sich nicht weit von der Wohnung entfernt.

Leipzig hat genügend Wohnraum für alle und einen bestimmten allgemeinen Wohnstandard. Leipzig ist dicht bebaut, und trotzdem eine grüne Stadt mit vielen Freizeit-, Sport- und Erholungsmöglichkeiten. Zahlreiche Sportvereine bieten in allen bekannten Sportarten für Kinder und Jugendliche spezifische Angebote. Zahlreiche Veranstaltungen der Kultur und des Sports ermöglichen intensive Erlebnisse. Von der Hoch- bis zur Stadtteilkultur bietet Leipzig ein reiches Angebot. Leipzig ist eine architektonisch reizvolle Stadt mit einer langen Geschichte und einer modernen Infrastruktur.

Wirtschaft, Handel, Wissenschaft, Kultur mischen sich in Leipzig in einmaliger Weise und bieten den Heranwachsenden ein soziokulturell anregendes Potential mit vielen Entfaltungsmöglichkeiten. Die Einstellung der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger zu Kindern und Familien ist grundsätzlich positiv.

9.2 Gefährdungen

Zugleich sind Kinder und Familien auch Risiken und Gefahren ausgesetzt. Gesellschaftliche Spannungen erreichen den familialen Raum und bedrohen die Schutzfunktion der Familie.

Die moderne Lebensweise eröffnet dem Einzelnen viele Erlebnis-, Konsum- und Gestaltungsmöglichkeiten, kann aber auch zu Überforderungen und zu psychophysischen Schädigungen führen, vor allem dann, wenn der familiäre Kontext gestört ist und soziale Netzwerke zerreißen. Jede Kommune ist mit solchen allgemeinen Entwicklungen konfrontiert, sie ist keine Insel, und sie hat zugleich ihr jeweils spezifisches Gefährdungspotential.

Im Kinder- und Familienbericht wird auf solche allgemeinen und speziellen Gefährdungen hingewiesen. Sie beziehen sich vor allem auf soziale Gefährdungen bis hin zur Armutgefährdung von Familien mit Kindern vor dem Hintergrund eines erheblichen Differenzierungs- und Polarisierungsprozesses. Kinder in einkommensschwachen und weniger gebildeten Elternhäusern, die in einem ungünstigen Milieu leben, geraten leicht in einen ungünstigen sozialen Kontext, der Ausgrenzung, Benachteiligung, Diskriminierung zur Folge haben und den gesamten Berufs- und Lebensweg belasten kann.

Als größte Gefährdung thematisiert der Bericht die Arbeitslosigkeit der Eltern und die drohende Arbeitslosigkeit ihrer Kinder.

Zugleich wird im Bericht an verschiedenen Stellen betont, dass die Strategien der Kinder und Familien zur Konfliktbewältigung und die Reaktionen auf die moderne Lebensweise unterschiedlich sind. In einigen Fällen sind sie wenig erfolgreich und entwickeln sich problematisch. In der Gewaltneigung von Kindern und Jugendlichen und in der Tatsache, dass zunehmend auch Kinder Straftaten begehen, wird dies besonders deutlich.

Von den städtischen Gefährdungen nennt der Bericht vor allem die Gefährdung durch den Straßenverkehr und die Einschränkung der öffentlichen Spiel-, Mobilitäts-, Bewegungs- und Handlungsräume für Kinder im nahen und weiteren Wohnumfeld.

9.3 Im Spannungsfeld von Problemen und Chancen

Die Probleme, die im Kinder- und Familienbericht benannt werden, liegen auf sehr verschiedenen Ebenen und haben einen unterschiedlichen Allgemeinheitsgrad. Sie betreffen die folgenden Felder: Geburtenrückgang, Unbezahlbarkeit sanierten Wohnraums für große Familien, Wegzug von Familien mit Kindern, elternunfreundliche Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit, soziale Lage von Alleinerziehenden, einkommensschwache Mehr-Kind-Familien, Unübersichtlichkeit der Hilfe- und Beratungsangebote, Ungleichmäßigkeit der Stadtentwicklung in Bezug auf Stadt- und Ortsteile sowie Wohnviertel, finanzielle und personelle Unsicherheit von Einrichtungen und Projekten der Kinder- und Jugendkulturarbeit und einer stadt-raumbezogenen Kunstförderung, Verdrängung der Kinder und Jugendlichen aus potentiellen Spiel- und Aufenthaltsräumen im Freien (Straßen, Bürgersteige, Plätze, Höfe, Gärten), Mangel an Streifräumen und Naturspielplätzen, bauliche und sanitäre Unzulänglichkeiten von Sportstätten, mangelnde Rücksicht auf Kinder und Jugendliche als Fußgänger und Radfahrer, Gesundheitsmängel von Vorschulkindern und Schulanfängern, Lärmbelastung, Kfz-Schadstoffemissionen, Innenraumluftbelastungen, Anstieg umweltbedingter Allergien, Unfallgefährdung.

Diese Aufzählung lässt sich fortsetzen, aber auch konfrontieren mit einer Stichpunktliste der Chancen in der Stadt: steigende Geburten, großzügiger Wohnraum, elternfreundliche Betreuungseinrichtungen, günstige Angebote für Familien mit Kindern, differenzierte soziale Stützungsleistungen durch die Stadt, ästhetische Gestaltung bei Sanierungsmaßnahmen, ein differenziertes plurales Angebot der Jugendhilfe und -kultur, eine Vielzahl von Parkanlagen, Spielplätzen und Sportanlagen, zurückgehende Unfallzahlen etc.

9.4 Lösungen

In dieser Gegenüberstellung wird die Spannung zwischen städtischen Möglichkeiten und den Gefährdungen besonders deutlich.

Der Kinder- und Familienbericht markiert Ziele und schlägt eine Fülle von Maßnahmen vor, sowohl für einzelne Gremien der Stadt als auch für ämterübergreifendes Handeln und die Stadt als Ganzes, für die Kooperation der verschiedenen Träger und die Einbeziehung von Kindern und Familien. Er bietet aber auch Anregungen über die Stadt hinaus für eine Verbesserung der Kinder- und Familienpolitik in unserem Land.

Es werden Bedingungen gezeigt, die Familien stabilisieren und ihr Wohlbefinden fördern. Eine kinder- und familienfreundliche Stadt ist zugleich eine mütter- und väterfreundliche, eine bürgerfreundliche Stadt. Leipzig ist auf einem guten Weg, auch mit diesem Bericht.

Herausgeber: Stadt Leipzig, 2000
Verfasser: Autorenkollektiv
Redaktion: Prof. Dr. Kurt Starke,
Dr. Horst Brandt
Sylvio Pfeuffer



ISBN 3-00-006375-7